

Politische Berichte

PROLETARIAT ALLER LÄNDER VEREINIGT EUCH! PROLETARIAT ALLER LÄNDER UND UNTERDRÜCKTE VÖLKER VEREINIGT EUCH!



„Und so steht die Mauer zwischen den Kindern und ihrer Schule, zwischen den Studenten und ihrer Universität, zwischen Patienten und ihrem Arzt, zwischen Eltern und ihren Kindern, zwischen Dörfern und ihrem Brunnen, zwischen den Bauern und ihren Feldern ... So zerschneidet die Mauer Tausende von dünnen Fäden, aus denen das Gefüge des täglichen Lebens der Menschen besteht, so als ob sie nicht da wären.“

Die Freunde der Wirtschaft sind das Problem der Kommunen: Was wird aus der Gemeindefinanzreform?

3

Erneute Eskalation des Nahost-Konflikts: Keine Zukunft für Frieden?

6

Elmshorn: Erfolgreicher Bürgerentscheid gegen Umgründung der Stadtwerke

12

Multinationale Konzerne verletzen täglich Menschenrechte

16

PDS-Programmentwurf: Stein des Anstoßes als Baustein verwenden

18



Politische Berichte

ZEITUNG FÜR SOZIALISTISCHE POLITIK
- ERSCHEINT VIERZEHN TÄGLICH

Herausgeber: Arbeitskreis Politische Berichte, Stubaier Straße 2, 70327 Stuttgart. Herausgeber für den Arbeitskreis Politische Berichte: Christoph Cornides, Ulrike Detjen, Emil Hruška, Herbert Stascheit.

Verantwortliche Redakteure und Redaktionsanschriften:

Aktuelles aus Politik und Wirtschaft; Auslandsberichterstattung: Christiane Schneider, GNN-Verlag, Neuer Kamp 25, 20359 Hamburg, Tel. 040 / 43 188820, Fax: 040 / 43 188821. E-mail: gnn-hhsh@hansenet.de - Alfred Küstler, GNN-Verlag, Postfach 60 02 30, 70302 Stuttgart, Tel. 07 11 / 62 47 01, Fax: 07 11 / 62 15 32. E-mail: stuttgart@gnn-verlage.com

Regionales / Gewerkschaftliches: Martin Fochler, GNN Verlag, Stubaier Straße 2, 70327 Stuttgart, Tel. 07 11 / 62 47 01, Fax: 07 11 / 62 15 32, e-mail: pb@gnn-verlage.de

Diskussion / Dokumentation: Rüdiger Lötzer, Postfach 210112, 10501 Berlin, e-mail: gnn-berlin@onlinehome.de - Hardy Vollmer, GNN-Verlag, Wilhelmstraße 15, 79098 Freiburg, Fax: 0761 / 34961

In und bei der PDS: Jörg Detjen, GNN Verlagsgesellschaft Politische Berichte mbH, 50674 Köln, Zulpicher Str. 7, Tel. 0221/211658, Fax: 0221/215373. E-mail: gnn-koeln@netcologne.de

Termine: Christiane Schneider, Anschrift s. Aktuelles.

Die Mitteilungen der „ARGE, Arbeitsgemeinschaft Konkrete Demokratie, soziale Befreiung bei der PDS“ werden in den Politischen Berichten veröffentlicht. Adresse GNN Hamburg

Verlag: GNN-Verlagsgesellschaft Politische Berichte mbH, 50674 Köln, Zulpicher Str. 7 und GNN Verlag Süd GmbH, Stubaier Str. 2, 70327 Stuttgart, Tel. 07 11 / 62 47 01, Fax: 07 11 / 62 15 32. E-mail: stuttgart@gnn-verlage.com

Bezugsbedingungen: Einzelpreis 1,80 €. Ein Halbjahresabonnement kostet 29,90 € (Förderabo 42,90 €), ein Jahresabonnement kostet 59,80 € (Förderabo 85,80 €). Ein Jahresabo für Bezieher aus den neuen Bundesländern: 54,60 €, Sozialabo: 46,80 €. Ausland: + 6,50 € Porto. Buchläden und andere Weiterverkäufer erhalten 30 % Rabatt.

Druck: GNN Verlag Süd GmbH Stuttgart

Politische Berichte

- zum Abonnieren - zum Kennenlernen

Hiermit bestelle ich Stück pro Ausgabe der PB

o 4 Ausgaben für 10 (beilegen) zum Kennenlernen

o Halb- o Jahresabo (29,90 / 59,80 je Einzelabo)

o Halb- o Jahres-Förderabo (42,90 / 85,80)

o Halb- o Jahres-Sozialabo (23,40 / 46,80)

o Halb- o Jahresabo neue Länder (27,30 / 54,60)

o Bankeinzug: Ich ermächtige den GNN-Verlag widerruflich, die Rechnung zu Lasten meines Kontos abzubuchen

Name:

Straße:

Postleitzahl/Ort:

Kto-Nr.

BLZ:

Bank:

Unterschrift:

Einsenden an: GNN-Verlag, Postfach 600230, 70302 Stuttgart

IN BERLIN

AKTUELL

EUROPÄISCHER WERFTEN-VERBUND. Im Zusammenhang mit dem anstehenden Verkauf der Kieler HDW-Werft spricht sich die Bundesregierung für einen europäischen Werften-Verband nach dem Vorbild des Luftfahrt- und Rüstungskonzerns EADS aus. Vor einem Jahr hatte der US-Finanzinvestor One Equity Partners die Werft von Babcock Borsig übernommen; jetzt will er sie weiterverkaufen. Schon damals hatte u.a. Schröder moniert, dass die Werft an einen US-Konzern verkauft wurde. Zwar ist die Kooperation mit US-Firmen für HDW äußerst lukrativ. Zur Zeit existiert zwischen der Kieler Werft und Northrop Grumman eine Vertriebsvereinbarung, nach der der US-Konzern die Vermarktung von U-Booten in Regionen übernehmen wird, in denen HDW nicht vertreten ist. HDW gilt für andere Rüstungskonzerne als besonders attraktiv, weil sie als erstes Unternehmen einen serienreifen Brennstoffzellen-Antrieb produziert, mit dem das Boot mehrere Wochen unter Wasser fahren kann. Darüber hinaus erzeugt die Brennstoffzelle weder Geräusche noch Abgaswärme, das Unterseeboot ist also faktisch nicht zu orten. Northrop Grumman ist an der Übernahme von HDW interessiert. Die Bundesregierung sieht das skeptisch. Sie arbeitet an der Novellierung des Außenwirtschaftsgesetzes, die ihr die Mitsprache beim Verkauf deutscher Rüstungstechnologie ins Ausland geben und „deutschen Einfluss“ auf die Rüstung sichern soll. Inzwischen liegt – von der Bundesregierung prinzipiell begrüßt – ein Angebot des französischen Rüstungskonzerns Thales vor. Auch ThyssenKrupp bietet für HDW. Die Bundesregierung favorisiert ein gemeinsames Angebot. Doch hinter den Kulissen gibt es derzeit noch Krach um die zukünftigen Mehrheitsverhältnisse. Schröder möchte deutschem Kapital die Mehrheit sichern. Unabhängig davon sieht die Bundesregierung im avisierten Zusammenschluss den Kern eines europäischen Werften-Verbundes, dem sich auch die ThyssenKrupp-Töchter Blohm+Voss und Nordseewerke sowie andere europäische Werften wie die französischen DCN, die italienische Fincantieri oder die spanische Izar anschließen. Das Thema steht bei den deutsch-französischen Konsultationen am 18. September auf der Tagesordnung.

PANZER IN DIE TÜRKIEI. Die Financial Times Deutschland meldet Überlegungen bei der Bundesregierung, doch Leopard-II-Panzer der Bundeswehr in die Türkei zu liefern. Das Blatt schreibt:

„Die Türkei befindet sich auf dem Weg hin zur EU“, sagte SPD-Wehrexperte Rainer Arnold. „Sollte das Land das Verhältnis zwischen Politik und Militär nach unseren Maßstäben regeln, gäbe es keinen Grund, es bei Rüstungsexporten anders zu behandeln.“ Durch die Kriege in Afghanistan und Irak hat sich nach Angaben aus Regierungskreisen die sicher-

heitspolitische Lage so gewandelt, dass Berlin seine Haltung gegenüber dem Nato-Partner verändern sollte. Ankara hatte erstmals 1999 Interesse an bis zu 1000 neuen Leopard-II-Panzern geäußert und zwei Jahre später den Kauf gebrauchter Panzer ins Spiel gebracht. Um Rot-Grün vor diplomatischen Peinlichkeiten zu bewahren, hatte Ankara danach amtliches Interesse an deutschen Kriegsgütern zurückgenommen. Informell bestehe das Interesse am „Leo“ weiter, heißt es in deutschen Militärkreisen nicht uneigenützig: Verteidigungsminister Peter Struck will im Zuge der Bundeswehrreform Hunderte alter Panzer verkaufen.

Ein Sprecher im Auswärtigen Amt betonte, es gebe keinen Anlass, Rüstungsexporte an die Türkei zu diskutieren. Zunächst stehe die Grundsatzentscheidung über einen EU-Beitritt an. In Kreisen des Wirtschaftsministeriums hieß es, das Land müsse wieder wie Griechenland behandelt werden. Das Bundessicherheitskabinett hatte 2002 den Verkauf 120 gebrauchter Leos an Athen genehmigt.

DISTOMO-URTEIL. Die Hamburger Anwälte der Betroffenen teilten am 25. August mit:

Am heutigen Tag haben Argyris Sfountouris, Chrysoula Tzatha, Astero Liaskou und Kondylia Sfountouri, Opfer des Massakers der Waffen-SS am 10. Juni 1944 in der griechischen Ortschaft Distomo, Verfassungsbeschwerde beim Bundesverfassungsgericht erhoben. Die Verfassungsbeschwerde richtet sich gegen ein Urteil des Bundesgerichtshofs vom 26. Juni 2003, durch das den Geschwistern ein individueller Rechtsanspruch auf Schadensersatz bzw. Entschädigung aberkannt wurde. Die Eltern der Kläger wurden im Zuge des Massakers ermordet, das elterliche Haus niedergebrannt. Bei dem grausamen Massaker, das während der deutschen Besatzung Griechenlands begangen wurde, wurden 218 Menschen, Männer und Frauen, Säuglinge und Greise, ermordet.

Seit 1995 kämpfen Argyris Sfountouris und seine Schwestern vor deutschen Gerichten um eine Entschädigung für das erlittene Leid. Freiwillig war und ist die Bundesregierung nicht bereit, Entschädigung zu leisten. Dabei stehen den Klägern unbestreitbar Ansprüche auf Entschädigung zu: Das Massaker von Distomo war ein Völkerrechtsverbrechen, welches nach dem IV. Haager Abkommen und der zu seiner Umsetzung geschaffenen Haager Landkriegsordnung von 1907 zwingend eine Schadensersatzpflicht des Deutschen Reichs und damit der Bundesrepublik Deutschland als Rechtsnachfolgerin nach sich zieht. Geradezu skandalös ist die Begründung des Bundesgerichtshofs, soweit er sich „auf die Rechtslage zu der Zeit, als die hier in Rede stehende Tat begangen wurde (1944)“, also auf den nationalsozialistischen Rechtsstandpunkt beruft.

Die Freunde der Wirtschaft sind das Problem der Kommunen

Was wird aus der Gemeindefinanzreform?

Die Auseinandersetzung um die Reform der Gemeinde Finanzen ist festgefahren. Wie kann wieder Bewegung in die Sache kommen?

Am Ausgangspunkt des Konfliktes steht eine krasse, für die BRD ungewöhnliche Polarisierung, die durch die krisenhafte Entwicklung der Wirtschaft ausgelöst worden war. Angesichts der Einnahmekrise sämtlicher Gemeindehaushalte entwickelten die Städte und Gemeinden ein eigenständiges Reformkonzept. Säulen dieses Reformkonzeptes waren:

- die Ausweitung der Steuerbasis durch die Ausweitung des Kreises der Steuerpflichtigen, hier namentlich der Freiberufler
- die Ausweitung der Steuerbasis durch die Einbeziehung der Kosten für Mieten, Pachten, Leasingraten und Zinsen.

Der erste Punkt würde langfristig wirken, weil damit eine Beziehung zwischen dem Personenkreis der Freiberufler und „ihrer“ Stadt gesetzt wäre. Da die Freiberufler im Bildungsprozess der öffentlichen Meinung eine erheblich laute Lärmquelle sind, käme Bewegung in die Diskussion der Kommunalpolitik.

Der zweite Punkt würde eine Reihe von Steuerschlupflöchern vermauern und akut wirken. Denn die Berechnung von solchen Kosten an anderswo platzierte Holdings, Muttergesellschaften, Lizenzgeber usw. ist der gängige Weg der Gewerbesteuervermeidung. Es werden im ortsansässigen Bereich Kosten oder Verluste vorgespiegelt, die im Geflecht des Gesamtunternehmens oder seine Eigenen anderswo als Gewinne auftreten.

Insgesamt zielen die Forderungen der Städte und Gemeinden nicht nur auf eine Verbesserung der Einnahmesituation ab, sondern auch auf die Festigung unmittelbarer Kreisläufe. Der Pflicht der ansässigen Personen und Unternehmen zur Kommunalsteuer stehen die Infrastruktur- und sonstigen Leistungen der Kommune anschaulich gegenüber.

Da in den Städten und Gemeinden bekanntlich gewählt wird, entsteht auf diesem Wege eine Beziehung zwischen den Sphären der Demokratie und der Wirtschaftstätigkeit. Durch Kreisläufe, die auf dem Gebiet und im rechtlichen Rahmen der Gebietskörperschaft Stadt kontrollierbar bzw. beeinflussbar sind, wird die Tendenz der Städte und Gemeinden

gestärkt, ihre Kompetenzen gegenüber Bund und Ländern zu entwickeln.

Die Finanznot der Gemeinden ist auch der Wirtschaft nicht entgangen. Interessant ist, dass die Wirtschaftsverbände ein systematisch genau entgegengesetztes Reformkonzept entwickelten. Sie streben und streben an, die Erhebung der Steuern ganz über die Bundesgesetze abzuwickeln. Die Kommunen würden dann entsprechend Bundesgesetz Zuteilungen erhalten. Damit wären die Kommunen haushaltsrechtlich nur noch Ausführungsgehilfen oder Durchführungsbeauftragte von Bund und Land.

In diesem Konflikt zwischen der Wirtschaft und den Gemeinden fällt auch noch als ein Sonderfall der Streit um das inzwischen allgemein anerkannte Konnexitätsprinzip, das klarstellt, dass die Spielchen, den Kommunen Aufgaben ohne Finanzierung zuzuweisen, rechtswidrig sind. Damit wird ein Dauerkonflikt zwischen der Länderebene und den Gemeinden reguliert, eine bürokratische Methode der bloßen Problemverschiebung – hoffentlich – unterbunden.

In den Parteien entwickelte sich die Auseinandersetzung seltsam. Auf der kommunalen Ebene ließ sich eine parteiübergreifende Frontbildung feststellen. Auf der Ebene des Bundes und der Länder brachen Union und FDP aus, während SPD, Bündnisgrüne und selbstverständlich auch die PDS auf der Seite der Gemeinden standen. Diese Harmonie brach allerdings auseinander, als die Wirtschaft über die Regierungsspitze, hier namentlich die Minister Clement und Eichel, intervenierte und erreichte, dass das Bundeskabinett der Reform den Zahn zog. In der reformierten Reformvorstellung legt die Regierung nun fest, dass Kosten für Mieten, Pachten, Leasingraten, Zinsen nicht der Gewerbesteuerpflicht unterzogen werden sollen. Damit wird das Volumen der direkten kommunalen Einnahmeverbesserung wesentlich kleiner. Die Abhängigkeit von Zuteilungen des Zentralstaates nimmt zu.

Nicht zuletzt weil die SPD den Forde-

rungen der Wirtschaft auf diese Weise entgegenkommt, nimmt die politische Bindekraft des Gesamtkonzeptes ab. Das heißt, die Kräfte, die besonders in der Union für die Forderungen des Stadtags eintreten, werden geschwächt.

So kann dann der bayerische Ministerpräsident Stoiber am 4. September erklären, „... er rechne nicht mehr mit einer Entlastung der Kommunen durch eine Gemeindefinanzreform zum 1. Januar 2004. Deshalb bleibe die CDU/CSU bei ihrer Forderung nach einem Sofortprogramm. Dabei solle der Bundesanteil an der Gewerbesteuer von 28 auf 20 Prozent gesenkt werden. Dies bedeute Mehreinnahmen für die Kommunen in Höhe von 2,3 Milliarden Euro. Zudem solle ihr Umsatzsteueranteil von 2,2 Prozent auf drei Prozent erhöht werden mit dem Ziel von zusätzlichen 1,1 Milliarden Euro für Städte und Gemeinden. Auch müssten die Jugendhilfeausgaben deutlich zurückgefahren werden und so bis zu 2,6 Milliarden Euro gespart werden. Stoiber bezifferte den Entlastungseffekt für die Kommunen durch diese Maßnahmen auf fünf bis sechs Milliarden Euro.“ (www.cdu.de)

Mit dieser Position „schnell und unbürokratisch“ helfen will und kann Stoiber durch die anstehende Landtagswahl segeln. Aber mehr schon auch nicht.

Ohne Zweifel werden die Städte und Gemeinden auf ihren Positionen beharren. Die misslaunige Entwicklung der Gesamtwirtschaft zwingt sie zum Kampf um Handlungsspielraum auf der kommunalen Ebene. Das Bündnis von Konzern- und Regierungsspitzen, das die Kommunen (und bis zu einem gewissen Grade auch die Bundesländer) über die Bundespolitik steuern will, darf auf die mittlere Frist mit einer geweckten Aufmerksamkeit der kommunalen Öffentlichkeit rechnen. Ein sicheres Zeichen dafür ist die große und wachsende Zahl von Fällen, in den Bürgerinnen und Bürger auf dem Wege von Bürgerbegehren in die Politik der Gemeinde intervenieren.

maf



Das Volksbegehren gegen Privatisierung der Wasserwerke Hamburg wurde erfolgreich abgeschlossen – im nächsten Jahr kommt's dann zum Volksentscheid.

Gerechtigkeit, Parität und Verursacherhaftung

Verschiedene Sozialverbände, attac und die PDS wollen für Ende Oktober/Anfang November mobilisieren gegen die geplanten gesetzlichen Änderungen bei den Sozialversicherungen, wie sie zum Teil schon Gesetz werden sollen oder wie sie als Absichtserklärungen in der sogenannten Agenda 2010 der Schröder/Fischer-Regierung benannt sind (wir dokumentieren im Kasten stellvertretend den Aufruf der PDS).

Zentraler Kritikpunkt der linken Opposition an den Regierungsvorhaben ist deren Abkehr von der „Gerechtigkeit“. Diese Gerechtigkeit wird von den Kritikern ganz wesentlich festgemacht an der „solidarischen und paritätischen Finanzierung“. Die „Parität“ bei der Finanzierung, also die gleiche Beteiligung von Arbeitgebern und Arbeitnehmern an den Sozialbeiträgen, wird von einer ganzen Reihe linker Oppositioneller gegen den jetzigen Regierungskurs als der Prüfstein für Gerechtigkeit betrachtet – siehe hierzu zum Beispiel auch den langen Aufsatz von Hans-Jürgen Urban, IG Metall-Wirtschaftswissenschaftler aus dem Umfeld des neugewählten Vorsitzenden Jürgen Peters, dokumentiert in der vorigen Ausgabe der Politischen Berichte.

Meiner Meinung nach wird hier versucht, das falsche Prinzip zu satteln, so dass das sowieso gefährliche Reiten auf diesen Pferden noch vor dem Startschuss endet.

Aber ohne solche Bilder: Warum meint die Regierung, dass sie es sich leisten kann, trotz Kritik aus den Gewerkschaften einen solch weitreichenden Umbau der Sozialversicherung vornehmen zu können, der unbestritten die Verteilung der Versicherungskosten bedeutend in Richtung Beschäftigte verschiebt? Es sind Änderungen in der Versicherungslage selber, die den Regierenden ein solches Vorgehen politisch durchsetzbar erscheinen lassen. Dazu muss etwas ausgeholt werden.

Versicherungen werden auf Gegenseitigkeit abgeschlossen, um Risiken, die jeden treffen können, aber nicht jeden treffen, auszugleichen. Sie kommen zustande, weil in der Risikoabwägung des einzelnen Versicherten es günstiger ist, eine Prämie aufzubringen, als im Fall des Falles ruinösen Kosten ausgeliefert zu sein. Es ist auch immer ein Element der zeitlichen Erwartung enthalten: die Prämie wird heute gezahlt, damit in Zukunft Leistung empfangen wird. Dabei kann die Erwartung in die Zukunft statistisch relativ sicher sein (dass man so alt wird, dass die Rente als Einkommensersatz benötigt wird) oder eher unwahrscheinlich (dass ein Feuer die Wohnung zerstört). Bei

bestimmten Risiken kann es sogar einen gesetzlichen Zwang geben, sich zu versichern: Beim Autofahren zum Beispiel gibt es die Haftpflicht gegen Unfälle, damit nicht der (unschuldig) Geschädigte der Dumme ist. Oder bei den gesetzlichen Sozialkassen gibt es den Versicherungszwang, damit nicht welche nach dem Motto handeln, ich spare mir die Beiträge, was später ist, wird man sehen – solidarische Haftung wird also erzwungen, weil ein gesellschaftlicher Konsens existiert. Bei vielen Versicherungen ist es auch sinnvoll, Klauseln einzubauen, die das Eintreten des Versicherungsfalles oder den Versicherungsschaden soweit als möglich minimieren: Bei einer Versicherung gegen Erdbeben vermindern zum Beispiel entsprechend teure Bauweisen, die die Einsturzgefahr mindern, die Versicherungsprämie. Man muss aber den jeweiligen Versicherungszweck genau analysieren: Eigenbeteiligung bei der Autoversicherung, mag zu vorsichtigerer Fahrweise anhalten, ist aber als Gebühr für jeden Arztbesuch vielleicht eher kontraproduktiv.

Bei den Sozialversicherungen gibt es verschiedene Formen der Anreize zur Risikovermeidung:

Am einfachsten ist es bei der berufsgenossenschaftlich organisierten Versicherung gegen Arbeitsunfälle und Berufskrankheiten. Die Beitragslast hat der Unternehmer, die Risikoverteilung erfolgt über die Branche, so ist ein Anreiz gegeben, die Konkurrenz unter den Kapitalisten nicht über gefährliche Arbeitsbedingungen auszutragen; Bonus- und Malusregelungen sorgen dafür, dass

das einzelne Unternehmen ein ökonomisches Interesse entwickelt, wenig Unfälle zu haben und offensichtliche Berufskrankheiten zu vermeiden.

Nun lassen sich die bei der Berufsgenossenschaft geltenden Mechanismen nicht einfach auf die anderen Sozialversicherung übertragen, zum Beispiel nicht auf die Krankenversicherung. Krankheiten haben verschiedenste Ursachen; die jetzt geltende hälftige Finanzierung durch die Unternehmen könnte vielleicht mal durch den sicher zutreffenden Verdacht begründet werden, dass die Arbeitsbedingungen und die Lohnhöhe nicht unwesentlich den Gesundheitszustand der abhängig Beschäftigten beeinflussen, so dass eine Beteiligung der Kapitalisten an den Versicherungskosten dämpfend auf Überausbeutung wirkt.

Schlechte Zähne kamen von schlechter Ernährung, und die wiederum war bedingt durch zu niedrige Löhne, also konnte eine finanzielle Beteiligung der Kapitalisten an den Versicherungskosten für Zahnersatz durchaus als „gerecht“ empfunden werden – wenn ihr die Leute schon arm haltet, dann soll man es ihnen nicht an fehlenden Zähnen ansehen. Was aber, wenn nach allgemein geteilter Auffassung die wesentlichen Ursachen für vorzeitigen Zahnverlust in der Person (genetische Veranlagung) und ihrem Verhalten (Rauchen, Hygiene, Vorsorge) gesehen werden? Dann verfällt das Argument. Es ist vermutlich kein Zufall, dass gerade der Zahnersatz von der Politik ausgesucht wurde, um die paritätische Finanzierung an diesem Punkt auszusetzen. Die individuelle Verantwortung oder zumindest Zuschreibung scheint auf der Hand zu liegen.

Um nicht falsch verstanden zu werden: Die Kapitalisten sollen nicht aus der Finanzierung der Versicherungskosten gegen Krankheit entlassen werden, aber die Begründung dafür muss erneuert und verbessert werden; sie muss aus der Öko-



Eine Zunahme der körperlichen Belastungen geht auch mit einer Zunahme der Rückenschmerzen einher. Das überrascht nicht. Es zeigt sich aber auch: geringe Einflussmöglichkeiten in der Arbeit, speziell geringe Einflussnahme auf die zeitlichen Verhältnisse, sagen ebenfalls Rückenschmerzen ein Jahr später voraus!

nomie der Versicherung und den dort auftretenden Risiken entwickelt werden und nicht aus Gerechtigkeitsvorstellungen, die nicht verallgemeinerbar sind, über die kein gesellschaftlicher Konsens existiert. Sonst besteht am Ende noch die Gefahr, dass nicht nur bei den Beiträgen die Mitfinanzierung Zug um Zug verschwindet, sondern auch noch die Lohnfortzahlung im Krankheitsfall gekippt wird. Die bewirkt im Moment doch, dass die Kapitalisten ein direktes ökonomisches Interesse an einem niedrigen Krankenstand haben; dass sie also unmittelbar gesundheitsschädliche Arbeitsbedingungen vermeiden, das „Betriebsklima“ nicht allzu schlecht werden lassen usw. (bzw. dass ihnen der Betriebsrat das so vorrechnen kann, wenn sie nicht selber vernünftig sind).

Was aber in den Datenfriedhöfen der Arztpraxen und Krankenkassen weitgehend unerforscht schlummert, sind die diffizileren Zusammenhängen von Arbeitsbedingungen, Lohnhöhe und Gesundheitszustand. Wenn die körperliche Leistungsfähigkeit durch kurze Taktzeiten oder durch Überanspannung bei der Informationsaufnahme usw. dauerhaft überstrapaziert wird, treten Gesundheitsschäden erst allmählich auf; manchmal erst dann, wenn die so geschädigte Arbeitskraft durch eine jüngere ersetzt ist, die diese Überbeanspruchung zunächst wieder auszuhalten scheint.

In den gewerkschaftlichen Diskussionen der letzten Jahre wird auf diese Zusammenhänge immer wieder verwiesen – würde diese Art Überbeanspruchung der Arbeitskraft als Risikozuschläge für die Verursacher in die Sozialversicherungen einbezogen, würden die Firmen rasch Abhilfe schaffen. Ein mit dem Lebensalter des Beschäftigten sinkender Beitrag zur Krankenversicherung wäre zum Beispiel eine ganz schlichte Ausgestaltung; es sind aber auch andere ausgefeiltere Mechanismen denkbar, die sich aber alle daran orientieren sollten, den Verursacher von Risiken unmittelbar stärker zu belasten. Das scheint mir auch sinnvoller als trickreich ausgedachte und mit der Versicherung nicht verknüpfte Finanzierungen über Wertschöpfungsabgaben der Unternehmen, die dann im Staatshaushalt landen und von dort vielleicht wieder der Versicherung zugute kommen.

Zusammengefasst: Die „Parität“, also die je hälftige Bezahlung des Beitrags durch Beschäftigten und Unternehmen, war in Hinsicht Minimierung des Gesundheitsrisikos in der Arbeitswelt eher ein Notbehelf. Bei den Kapitalisten und ihren Ökonomen wird der Beitrag insgesamt, egal ob er als Abzug vom Brutto auf dem Lohnzettel oder als Arbeitgeberbeitrag in der Buchhaltung steht, zusammen addiert und als Teil der gesamten Lohnkosten betrachtet. Ein Interesse an der Verbesserung des Gesundheitszustandes, die zu einer Verringerung dieser Lohnkosten führt, kommt höchstens ganz vermittelt als Gesamtinteresse aller Kapitale zustande; ein direkter ökonomischer Anreiz für das einzelne Unternehmen besteht nicht. Ein direktes Interesse besteht dagegen, diese Kosten zu senken. Und wenn es die Arbeitsmarktlage wie gegenwärtig erlaubt, dann auch durch eine Senkung des sogenannten Arbeitgeberbeitrags und einer Erhöhung des Arbeitnehmerbeitrags. Sinn macht das für die Kapitalisten nur, wenn diese Aktion auf Kosten der Beschäftigten geht; also ein Ausgleich über die Lohnbewegung nicht stattfinden kann. Hier können die Gewerkschaften direkt was machen. Politisch müsste aber auf die Verursachhaftung abgehoben werden, wenn die Beteiligung der Unternehmen an der Finanzierung der Gesundheitskosten bleiben soll.

alk

PDS/Agenda sozial

Uns reicht's !

Gemeinsamer Widerstand gegen das geplante Gesundheitsmodernisierungsgesetz (GMG) ist nötig

In großer Einigkeit hat eine kleine Gruppe von Gesundheitspolitikern aller Bundestagsfraktionen Eckpunkte für ein GMG abgesteckt, das mit dem gemeinsamen Segen von Bundeskanzler Schröder und der CDU-Vorsitzenden Merkel am 1.01.2004 in Kraft treten soll. Bei soviel organisierter Einigkeit darf auf einen nennenswerten parlamentarischen Widerstand nicht mehr gehofft werden, zumal die linken Sozialdemokraten ihren Widerstand inzwischen resigniert aufgegeben haben.

Was da jetzt in Vorbereitung ist, hält die PDS für das Gefährlichste, was je dem Gesundheitswesen der Bundesrepublik angetan wurde. Hier wird in aller Öffentlichkeit die Demontage unseres auf Solidarität, Sachleistung und paritätischer Finanzierung fußende System der gesetzlichen Krankenversicherung (GKV) vorbereitet.

Durch den jetzt drohenden **massiven Leistungsabbau** (Sterbegeld, Brillen, Fahrkosten, Entbindungsgeld, Verordnungsverbot nicht verschreibungspflichtiger Arzneimittel), durch die **Privatisierung von Kassenleistungen** (Zahnersatz, Krankengeld), durch enorm **steigende und neue Zuzahlungsverpflichtungen** bei Krankheit (für Arznei-, Heil- und Hilfsmitteln, im Krankenhaus und beim Arzt), durch den **Wegfall** der bisher geltenden **Härtefall- und Überforderungsklauseln** zugunsten sozial Bedürftiger und chronisch Kranker, durch die **Herausnahme frauenspezifischer Leistungen** (Mutterschaftsgeld, Krankengeld bei Erkrankung von Kindern etc.) werden das Solidaritäts- und das Sachleistungsprinzip sowie die paritätische Beitragsverpflichtung durch die Unternehmen bis zur Unkenntlichkeit aufgeweicht oder aufgekündigt.

Das ist ein Anschlag auf die letzten verbliebenen Schutzzräume sozialer Sicherheit gegen die globale Deregulierung und Privatisierung gesundheitlicher Risiken.

Bei einer so weit reichenden Entsolidarisierung, wie sie das GMG beabsichtigt, sind vor allem die sozial und gesundheitlich Benachteiligten die großen Verlierer. Sie sind häufiger und früher chronisch krank und brauchen darum mehr Leistungen. Sie sind unmöglich in der Lage über private Zusatzversicherungen den politisch verordneten Leistungsabbau auszugleichen. Schon das Aufsuchen des Arztes ist unter 10 € nicht mehr zu haben, was viele Versicherte zukünftig davon abhalten wird, rechtzeitig (zahn)medizi-

nische Leistungen in Anspruch zu nehmen. Krankenhausaufenthalte, krankengymnastische Leistungen, häusliche Krankenpflege oder zahnprothetische Leistungen werden zum persönlichen finanziellen Risiko aufgrund der hohen Zuzahlungsquoten.

Während die Mitglieder der GKV finanziell geschröpft werden sollen, werden Unternehmen deutlich entlastet und die mächtige Lobby der Anbieter gesundheitlicher Leistungen mit Samthandschuhen angefasst. Von den 9 Mrd. €, die allein 2004 eingesparrt werden sollen, werden Versicherten 8 Mrd. € aufgebürdet.

Mit dem Inkrafttreten des GMG wird eine neue Dimension der Umverteilung von unten nach oben erreicht.

Das wird von vielen noch nicht erkannt, weil eine geschickte Politstrategie die aufkommende Empörung auf Nebenkriegsschauplätze lenkt. Hier werden in einem künstlich genährtem Konflikt die Alten gegen die Jungen ausgespielt, die Beschäftigten gegen die Arbeitslosen und Sozialhilfeempfänger, die Gesunden gegen die Kranken – und damit Opfer zu Tätern erklärt –. Sie sollen für ihre angeblich überzogenen Ansprüche und Bedürfnisse zusätzlich und „schmerzhaft“ zur Kasse gebeten werden.

In einer solchen Situation ist höchste Alarmstufe angesagt.

Darum wenden wir uns an alle, die wie wir das Inkrafttreten des GMG in der vorliegenden Fassung auf jeden Fall verhindern wollen.

Mit Gewerkschaften, Sozialverbänden, sozialen Bewegungen und Verbraucherorganisationen verbinden uns gemeinsame **Forderungen** nach:

- einer Bürgerversicherung,
- einer stärkeren finanziellen Beteiligung großer Unternehmen,
- dem Verzicht auf eine „Verschiebebahnhofspolitik“, die zur Schwächung der Kasseneinnahmen führt,
- strukturellen Veränderungen des Versorgungssystems,
- Qualitätsverbesserungen und
- einer deutlichen Stärkung der Gesundheitsförderung.

Auf der Basis eines solchen Forderungskatalogs, der sich der Unterstützung der überwiegenden Mehrheit der Bevölkerung sicher sein darf, kann ein breit organisierter Widerstand noch erfolgreich sein.

Nur gemeinsam haben wir noch eine Chance, die geplanten ungeheuren Zumutungen und Belastungen für die Mitglieder der GKV abzuwenden.

Gelingt das nicht, wird unsere Gesellschaft eines ihrer kostbarsten Güter verlieren: die solidarisch verfasste gesetzliche Krankenversicherung!

Das können und dürfen wir nicht zulassen!

Keine Zukunft für Frieden?

Der Rücktritt des palästinensischen Ministerpräsidenten Abbas war spätestens seit Mitte August eine Frage der Zeit. Er ist das Ergebnis einer neuerlichen dramatischen Eskalation des israelisch-palästinensischen Konflikts. Abbas selbst machte – in dieser Reihenfolge – Israel, das sich ständig den Verpflichtungen aus dem Friedensplan entzogen habe, die USA und die übrigen Mitglieder des Nahost-„Quartetts“ (neben den USA die EU, Russland und die UNO), die nicht genügend Druck auf Israel ausgeübt hätten, und die palästinensische Autonomiebehörde verantwortlich.

Dass mit dem Rücktritt von Abbas auch die sog. „Road Map“ gescheitert ist, ist eher wahrscheinlich. Der von Arafat vorgeschlagene Nachfolger Abbas', der bisherige Parlamentspräsident Korei, der an den Osloer Verhandlungen teilgenommen hatte, machte für eine Amtsübernahme zur Bedingung, dass die USA und die EU Unterstützung garantieren und Israel zur Einhaltung des Friedensplanes zwingen. Aber das würde eine 180°-Wende vor allem der US-Politik bedeuten, für die wenig spricht. Ein grundlegendes Problem besteht darin, dass die vom „Quartett“ vorgelegte „Road Map“ die für die Lösung des Konflikts entscheidende Frage, wie die politische Souveränität der Palästinenser durchgesetzt wird, umgeht. Die Entscheidung über den endgültigen Status eines Palästinenserstaates soll erst auf einer internationalen Konferenz 2005 getroffen werden. Das ist der Hauptgrund, warum eine Mehrheit der palästinensischen Bevölkerung wenig Erwartungen in den Friedensplan hat. Hinzu kommt, dass die Regierung Sharon dem Plan zwar zugestimmt hat, sich die Entscheidung über die israelischen Siedlungen besonders in der Westbank und über die Bewertung der palästinensischen Politik von Anfang an vorbehalten hat.¹ Und dass sie jeden kleinsten Schritt nach vorne durch gleichzeitige Eskalation zunichte macht.



Zu den auch in Israel kritisierten Haupthindernissen für einen stabilen Waffenstillstand als eine der Bedingungen erfolgreicher Friedensverhandlungen zählen die staatlichen Mordoperationen Israels gegen Hamas-Mitglieder und die „Mauer“.

Mordoperationen gegen Hamas

Nach dem Rücktritt Abbas' warf der Vorsitzende der linken israelischen Shachar-Bewegung und einer der Architekten des Osloer Abkommens, Jossi Beilin, Scharon vor, er sei nie willens gewesen, ernsthafte Friedensverhandlungen zu führen.² Die Realität ist noch entmutigender. Mitchell Plitnick von „Jewish Voice for Peace“ (Jüdische Stimme für den Frieden) schrieb am 28. August, unmittelbar nachdem Hamas und Islamischer Dschihad den Ende Juni verkündeten Waffenstillstand mit Israel für beendet erklärten, nachdem Israel Gaza-Stadt angegriffen und ein führendes Mitglied von Hamas ermordet hat:

„Die Schlagzeilen teilen uns mit, dies sei die gewaltsame Reaktion Israels auf den Selbstmordbombenanschlag in Jerusalem von letzter Woche (den furchtbaren Anschlag auf einen Bus, bei dem 20 Menschen, darunter viele Kinder, zu Tode kamen – Verf.). (...) Aber was steckt hinter den Schlagzeilen? Beginnen wir mit einem Blick auf das, was die Zeitungen als ‚relative Ruhe‘ bezeichnet haben – mit der Zeit vor dem Jerusalem Bombenattentat. In jenen 6 Wochen bis zu den Selbstmordbomben am 12. August, denen 2 Israelis zum Opfer fielen, starben 17 Palästinenser durch die Hand israelischer Soldaten, 59 wurden verletzt. (...) Der Waffenstillstand hielt – am dünnen Faden zwar – bis zum Selbstmordanschlag vom 19. August. Diesem Anschlag gingen, genau wie jenem Zwillingsanschlag vom 12. August, israelische Mordoperationen voraus. (...)“

Schon im November 2001 hatte der Militärkorrespondent der Yediot Akhronot, Alex Fishman – eine eher konservative Stimme im israelischen Lager – darauf hingewiesen, israelische Mordoperationen in Zeiten, in denen die Hamas sich mit Selbstmordaktionen zurückhält, seien offensichtlich darauf abgezielt, die militanten Palästinensergruppen so zu provozieren, dass diese ihre mörderischen Aktionen wieder aufnehmen. (...)“

Sowohl Abu Mazen (Abbas – Verf.) als auch Jassir



Demonstration von Gush Shalom

Arafat haben ihre Bereitschaft erklärt, gegen Hamas vorzugehen – falls Israel seine jetzigen Aktionen stoppt. Aber unabhängig von der Erklärung der Israelis, man werde ‚der PA (Palästinensischen Autonomiebehörde – Verf.) Zeit geben‘, um gegen Hamas vorzugehen, die Mordoperationen gehen unvermindert weiter. Dutzende Passanten – Frauen, Kinder, alte Menschen – wurden bereits getötet oder verletzt. In solch einer Atmosphäre wäre es keiner Regierung möglich, den israelischen Forderungen nachzugeben. Die Angst – von Abu Mazen zum Ausdruck gebracht und von Arafat wiederholt – man könnte einen palästinensischen Bürgerkrieg auslösen, ist sehr wohl realistisch. (...) Hinzu kommt: Im Augenblick treffen sich Führer der Hamas mit Abu Mazen, um über eine Wiederaufnahme der Waffenruhe zu verhandeln. Die fortgesetzten israelischen Attacken jedoch nehmen der Hamas jeden Anreiz, einer solchen Wiederaufnahme zuzustimmen. Abu Mazen wird so eines wichtigen Verhandlungsinstruments beraubt.“³

Ähnlich bitter äußerte sich der inzwischen 80-jährige israelische Friedensaktivist Uri Avneri:

„Am 8. August töteten israelische Soldaten zwei Hamas-Militante in Nablus. Aber die Rache war minimal. Am 12. September tötete ein Hamas Selbstmordattentäter einen Israeli in Rosh-Ha'ayin, und ein anderer Attentäter tötete eine Person in der Siedlung Ariel. Beide kamen von Nablus. Hamas verkündigte aber, dass die Hudna (Waffenruhe – Verf.) weiterginge. Am 14. August tötete die israelische Armee Muhammad Sidr, den Chef des militärischen Flügels von Hamas in Hebron. Fünf Tage später, am 19. August, sprengte sich ein Attentäter aus Hebron in einem Bus in Jerusalem in die Luft und tötete dabei 20 Männer, Frauen und Kinder. Zwei Tage später, am 21. August, ermordete die Armee Isma'il Abu Shanab, den vierthöchsten Hamasführer. (...) Zu guter Letzt wurde diesmal das Ziel erreicht. Die palästinensischen Or-

ganisationen verkündeten das Ende der Hudna. Sharon & Co. freuten sich. Innerhalb weniger Stunden drang die israelische Armee wieder in die Zentren der palästinensischen Städte ein und begann eine Orgie von Verhaftungen und Hauszerstörungen – mehr als 40 an einem einzigen Tag.“⁴

Der frühere israelische Knessetpräsident und ehemalige Vorsitzende der jüdischen Agentur von Israel, der durchaus dem zionistischen Gedanken verpflichtete Avraham Burg, wandte sich in einem eindrucksvollen Appell auch gegen die Mordoperationen: „Israel, das aufgehört hat, sich um die palästinensischen Kinder zu kümmern, sollte nicht überrascht sein, wenn diese dann voller Hass sich selbst dort in die Luft jagen, wo Israelis der Realität zu entfliehen versuchen. Sie vertrauen sich dort Allah an, wo wir Erholung suchen, weil ihr Leben zur Tortur geworden ist. Sie vergießen ihr Blut in unseren Restaurants, um uns den Appetit zu nehmen, weil sie zu Hause Kinder und Eltern haben, die hungrig sind und gedemütigt.“

Wir könnten 1000 ihrer Rädelsführer und Ingenieure täglich töten und nichts wird gelöst werden, weil die Führer von unten kommen, von den Quellen des Hasses und der Wut, aus der Infrastruktur der Ungerechtigkeit und der moralischen Korruption. Wenn all dies unvermeidlich wäre, etwa göttlich angeordnet und unveränderlich – dann würde ich schweigen. Doch liegen die Dinge anders. Deshalb ist der Aufschrei ein moralischer Imperativ.“⁵

Unmittelbar nach Abbas' Rücktritt griff die israelische Luftwaffe auf persönlichen Befehl Sharons ein Gebäude an, in dem sich der Hamas-Gründer

Scheich Jassin aufhielt. Er überlebte, wurde aber, ebenso wie 15 weitere Personen, darunter drei Kinder, verletzt. Die Regierung kündigte an, sie werde die Jagd auf die führenden Funktionäre von Hamas „unerbittlich“ fortsetzen und alle töten. Hamas kündigte postwendend Rache an. Das Ende des Blutvergießens rückt in immer weitere Ferne.

Die „Apartheid-Mauer“

Auch in der Phase der Verhandlungen und während der von Hamas, Jihad und Fatah erklärten Waffenruhe gingen die Arbeiten an der Mauer unvermindert voran. Die Mauer, die insgesamt ca. 600 km lang werden wird, soll nicht nur Israel gegen die Westbank abschotten, sondern auch die Kontrolle Israels über fast die Hälfte der Westbank festigen. Man geht davon aus, dass hier der größte Landraub seit der Besetzung der Westbank und Gazas 1967 vonstatten geht. Bis zu 6 km schiebt sie sich in die Westbank – nur zwischen 40 und 65 km breit – hinein, um die israelischen Siedlungen zu annektieren, und man fürchtet, dass sie bis zu 15 km tief eindringen wird.

Jamal Juma, Koordinator des Netzwerkes, das die Kampagne gegen die Mauer organisiert,⁶ schildert Zweck und Wirkung dieses Monstrums:

„In manchen Gebieten handelt es sich ... um ein 8m hohes Betonkonstrukt mit bewaffneten Beobachtungstürmen, die sich über Wohngebiete erheben. In anderen um eine Abfolge von Elektrozäunen und Pufferzonen (Gräben, Patrouillenpfade, Sensoren, Kameras). Aber unabhängig von den jeweiligen strukturellen Unterschieden – die Wirkung ist stets dieselbe. Das Leben in einem solchen Gefängnis ohne Dach ist unerträglich. Man

sperrt Palästinenser in das Gefängnis eines ummauerten Gettos – in dem sie ihrer fundamentalsten Menschenrechte beraubt sind. In den Regionen, in denen die Mauer derzeit gebaut wird, ist dieses Elend, diese Unterdrückung, bereits manifest. Schon in der ‚ersten Phase‘ des Mauerbaus sind etwa 10% der Westbank durch Zerstörung in Mitleidenschaft gezogen. Im Zuge des Mauerbaus wurde/wird landwirtschaftliche Nutzfläche dem Erdboden gleichgemacht, Bewässerungssysteme beschädigt, Wasserquellen isoliert; Wohnhäuser werden zerstört, Geschäfte und die Infrastruktur der Gemeinden. Durch alltägliche Unterdrückungsmaßnahmen – wie Abriegelung, Ausgangssperre, Belagerung – sind die Menschen für ihr Überleben ja besonders auf ihr Land angewiesen, nur, sie gelangen nicht mehr darauf. Das fruchtbare Land von 51 Dörfern wurde durch die Mauer entweder konfisziert oder isoliert ...

Kürzlich wurden drei ‚Übergänge‘ eröffnet ... Noch nicht ganz einen Monat sind die Tore ‚offen‘, schon wurden Leute angeschossen, verprügelt, gedemütigt, oder sie dürfen nicht mehr auf ihr Land. Diese Szenen sind Teil der ganz alltäglichen palästinensischen Szenerie israelischer Okkupation bzw. der Szenerie rund um die Mauer. (...) Wir ... sehen in der Mauer nichts weniger als die kollektive Schlinge, die sich um die palästinensischen Gebiete und das palästinensische Volk zusammenzieht. In Qalqiliya steht der Mauerbau kurz vor seiner Vollendung. Fast 15 Prozent der Bevölkerung (die Stadt hat 41.600 Einwohner) waren jetzt schon zur Abwanderung gezwungen; die Leute wussten nicht mehr, wie sie überleben sollten. Die Bewohner be-



„Und so steht die Mauer zwischen den Kindern und ihrer Schule, zwischen den Studenten und ihrer Universität, zwischen Patienten und ihrem Arzt, zwischen Eltern und ihren Kindern, zwischen Dörfern und ihrem Brunnen, zwischen den Bauern und ihren Feldern. ... So zerschneidet die Mauer Tausende von dünnen Fäden, aus denen das Gefüge des täglichen Lebens der Menschen besteht, so als ob sie nicht da wären.“ (Uri Avnery)

zeichnen das hier als Apartheid-Käfig. In Palästina bezeichnet man die Mauer als ‚Apartheid-Mauer‘ ..., die Mauer sei Teil eines kolonialen Projekts und die Verkörperung einer Langzeitstrategie mit dem Ziel der Besatzung, Diskriminierung und Vertreibung. Und die Mauer ist Garant, dass ein freier und souveräner Staat Palästina niemals zustande kommt.“⁷

Uri Avnery weist auf die andere Seite der Gettoisierung durch die Mauer:

„Ein Staat, der sich selbst mit einer Mauer umgibt, ist nichts anderes als ein Getto-Staat. Ein starkes Getto, natürlich, ein bewaffnetes Getto, ein Getto, das jeden in der Nachbarschaft in Angst und Schrecken versetzt, aber – trotz allem ein Getto, das sich nur hinter Mauern, Stacheldraht und Wachtürmen sicher fühlt.“

Wir können keinen Frieden erreichen, bevor wir nicht die Gettomentalität überwunden haben.“⁸

„Der Zeitpunkt für Entscheidungen ist gefallen“

So fasste Avraham Burg⁹ Ende August seinen Appell zusammen. „Wir können keine palästinensische Mehrheit unter dem israelischen (Besatzungs-)Stiefel halten und gleichzeitig von uns als der einzigen Demokratie im Nahen Osten träumen. Es kann keine Demokratie ohne gleiche Rechte für alle, die hier leben, für Araber genau wie für Juden, geben. Wir können die Gebiete nicht behalten und eine jüdische Mehrheit im einzigen jüdischen Staat der Welt bewahren – nicht mit Mitteln, die menschlich, moralisch und jüdisch sind.“

Wollt Ihr ein größeres Israel? Kein Problem. Geben wir die Demokratie auf! Lasst uns ein effektives System von rassistischer Trennung mit Gefängnis- und Verhaftungslagern einrichten. (...) Wollt Ihr eine Demokratie? Kein Problem. Entweder gebt Ihr Groß-Israel mit allen Siedlungen und Außenposten auf oder gebt jedem volle Staatsbürgerschaft und alle Stimmrechte, einschließlich den Arabern. (...) Das ist es, was der Ministerpräsident dem Volk sagen sollte. Er sollte die Möglichkeiten der Wahl geradeheraus sagen. Jüdisches Rassenbewusstsein oder Demokratie. Siedlungen oder Hoffnung für beide Völker. Falsche Visionen und Stacheldraht, Straßensperren und Selbstmordattentäter oder eine international anerkannte Grenze zwischen zwei Staaten und eine geteilte Hauptstadt Jerusalem.“

Und die palästinensische Gesellschaft? Der islamische bzw. islamistische Widerstand um Hamas hat – Kehrseite der israelischen Groß-Israel-Politik – zum Ziel die „Errichtung eines panislamischen Staates, wie es ihn noch vor einhundert Jahren (in Gestalt des Osmanischen Reiches) gab“.¹⁰ Das „Haus des Islam“ will keine fremde Herrschaft in seiner Mitte dulden. Das ist neben dem durch Besatzung und Ohnmacht tagtäglich erzeugten Hass Ursache für die Maß-

losigkeit der Hamas- und Jihad-Angriffe auf die Zivilbevölkerung in Israel. Auch in der palästinensischen Gesellschaft gibt es politische Kräfte, die den Diskurs über angemessene Wege und Ziele des Befreiungskampfes führen und fordern; die verzweifelt dagegen ankämpfen, dass der antikolonialistische Befreiungskampf in eine Konfrontation der Religionen umdefiniert wird, weil sich dann exklusive und unumstößliche Wahrheiten ohne politische Kompromissfähigkeit gegenüberstehen.¹¹ Die Eskalationsstrategie der Regierung Sharon schwächt diese Stimmen, weil sie jeden Ausweg aus der Spirale der Gewalt verbaut.

scc

- 1 Siehe den kenntnisreichen und lesenswerten Artikel von Reiner Bernstein, Die „Road Map“ und die blockierten Wege zu einem Nahostfrieden, in: Internationale Politik und Gesellschaft 4/2003, auch unter: www.friedensrat-schlag.de
- 2 NZZ, 7.9.03, In Israel trauert niemand um Abbas
- 3 Mitchell Plitnick, Raketenangriffe und Selbstmordbomber, ZNet 28.8.03
- 4 Uri Avnery, Eine Droge für den Süchtigen, 23.8.03, www.friedensforum-duisburg.de/gushshalom/gush.htm
- 5 Avraham Burg, Eine gescheiterte israelische Gesellschaft stürzt zusammen, während ihre Führer schweigen, Yedioth Aharanot, in deutscher Übersetzung bei: ZNet, 29.8.93
- 6 Palestinian Environmental NGOs Network, www.pengon.org – hier findet sich auch ein internationaler Aufruf gegen die Apartheid-Mauer.
- 7 Jamal Juma, Die Mauer in Palästina, Sicherheit dient als Vorwand zur Rechtfertigung von Enteignung, ZNet 18.8.03
- 8 Uri Avnery, Vor allem – die Mauer muss fallen!, 30.8.03, <http://www.uri-avnery.de/magazin/magazin.php?menuid=4&topmenu=4>
- 9 Siehe Fußnote 5
- 10 zitiert nach Reiner Bernstein, a.a.O.
- 11 So z.B. der israelisch-palästinensische Abgeordnete Bishara, nach Reiner Bernstein, a.a.O.

Türkei verhandelt um Truppeneinsatz im Irak

Kadek kündigt Waffenstillstand auf

Die türkische Regierung verhandelt mit den USA über die Stationierung von ca. 10.000 türkischen Soldaten im Irak. Um es der Türkei zu erleichtern, hat die US-Regierung 8,5 Mrd. \$ an Krediten freigegeben. Diese fordert aber außer einem eigenen Oberbefehl die Auflösung der Kadek-Lager im Nordirak. Diese Forderung bringt die USA in neue Konflikte, eine Entwaffnung der Kadek-Einheiten ist ihr bisher noch nicht gelungen. Eine neue Front in den Bergen Südkurdistan im Nordirak will die US-Besatzungsmacht jetzt wohl nicht auch noch aufmachen, zu labil sind die Verhältnisse im Nordirak. Zudem gehören die kurdischen Parteien KDP und PUK bisher zu den wenigen Verbündeten der USA im Irak.

Talabani, Führer der PUK, erklärte,

„der Irak sei mit der Anwesenheit ausländischer Soldaten zufrieden; aber man wolle keine Militäreinheiten aus der Türkei oder den anderen Nachbarländern“. (DIHA, 15.8.) Iraks neuer Außenminister, der Kurde Hoschiar Sibari, sagte: „Eine solche Mission wird nicht zur Stabilisierung der Situation beitragen, sondern das Gegenteil bewirken.“ Am besten sei es, wenn kein irakischer Nachbar Soldaten zur Unterstützung der USA in den Irak schicke. (Süddeutsche Zeitung, 6.9.) Mahmud Osman, Mitglied des neuen Regierenden Rates im Irak, sagte der Mesopotamischen Nachrichtenagentur: „Es mag wohl sein, dass die Türkei eine Konfrontation zwischen den Vereinigten Staaten und dem KADEK herbeiführen möchte ... Ich habe ... betont, dass die Türkei nach Wegen suchen sollte, einen Dialog mit KADEK aufzunehmen, weil KADEK Frieden und Demokratie will und sich in der Türkei im Rahmen der türkischen Gesetze betätigen möchte. Das ist sehr wichtig für die Türkei. (...) Hierzu wird eine Generalamnestie benötigt. Außerdem ist es notwendig, den Menschen die Rückkehr in die Türkei zu erlauben, damit sie legalen Tätigkeiten nachgehen können.“

Diese Auseinandersetzung prägt auch den Kurdenkonflikt in der Türkei. Im türkisch-iranischen Grenzgebiet und zuletzt in den Gebieten Batman-Siirt und Sirnak-Hakkari hatte es größere Militäroperationen gegeben. An den Gefechten sollen auf türkischer Seite bis zu 8.000 Soldaten beteiligt gewesen sein. Guerillaeinheiten griffen dann am 30. August in Silopi und Cizre zeitgleich Polizeistationen an. Jegliche Lösungsvorschläge der Kadek für eine friedliche Beilegung des Konflikts wurden abgelehnt.

Das Mitglied des Kadek-Präsidialrats Mustafa Karasu erklärte dann in einer Sendung von Medya TV am 31. August den seit dem 1. September 1998 bestehenden einseitigen Waffenstillstand der kurdischen Guerilla in der Türkei für beendet. Karasu sagte, mit dem Ende des einseitigen Waffenstillstandes sei der Krieg nicht wieder gekommen, aber gegen die militärischen Operationen mit der Ziel der Vernichtung werde es härtere Antworten geben. Das Ziel der Kadek sei, bis zum 1. Dezember einen gegenseitigen Waffenstillstand zu erreichen. „Falls der Waffenstillstand nicht akzeptiert wird, bedeutet das erneute Kämpfe“, sagte Karasu. Der Stufenplan sei in das Zentrum der Bemühungen und Absichten gerückt, betonte er. Er erinnerte daran, dass im Stufenplan die Bedingungen für einen beiderseitigen Waffenstillstand in den Mittelpunkt gestellt wurden; falls trotzdem Angriffe stattfinden sollten, werde es darauf Antworten geben. „Die nächsten 3 Monate sind für uns eine Zeit der hauptsächlichsten Bemühungen, einen beiderseitigen Waffenstillstand zu erreichen.“ (DIHA, 1.9.03)

rub



Vom 9. bis 11. September findet in einem Londoner Arbeiterviertel die größte Waffenmesse Europas, DSEi, statt. Im Vorfeld, am 6.9., fand eine erste größere Demonstration dagegen statt (Bilder). Im Aufruf des Bündnisses, das verschiedene Protestaktionen durchführt, heißt es u.a.: „Defence Systems Equipment International (DSEi 2003) ist eine von der britischen Regierung gesponserte Waffenmesse. Sie wird Waffenkäufer aus aller Welt beherbergen – [...] Der Waffenhandel, worin die DSEi ein wichtiger Teil ist, ist ein internationales Geschäft, betrieben von multinationalen Konzernen, die Produkte herstellen, die für Gewinn töten und verstümmeln. Diese Konzerne spielen eine führende Rolle im ungerechten Weltwirtschaftssystem, das Armut und Menschenrechtsverletzungen in aller Welt hervorruft, [...] Die meisten internationalen Proteste bisher haben sich gegen Regierungsinstitutionen gewandt. DSEi 2003 ist eine Chance, Firmen und Minister direkt anzugehen, während sie dabei sind mit Waffen zu handeln. Entwaffnet die DSEi koordiniert ein einwöchiges Aktions-, Protest- und Widerstands-Festival gegen die Waffenmesse und das zugrundeliegende ungerechte Weltsystem. Wir planen schon ein ganzes Jahr im voraus, um das größte Festival gegen Waffenhandel durchzuführen, das es je gegeben hat. [...]“

Polen: Kritik am Vertreibungs-zentrum wächst

Gleich mehrere Vertreter Polens haben rund um den 1. September, dem Antikriegstag, scharfe Kritik an dem Plan geübt, in Berlin ein Zentrum gegen Vertreibungen zu errichten. Präsident Kwasniewski äußerte „Besorgnis“, dass das Projekt dem „Prozess der Versöhnung“ schaden werde, und fügte hinzu: „Man muss sich daran erinnern, wer den Krieg angezettelt hat, wer der Aggressor war und wer das Opfer des Überfalls.“ Premierminister Miller erinnerte an die „Vertreibung der Juden aus dem Gebiet des Dritten Reiches“ und an die „Vertreibung der Polen aus den Gebieten, die Nazideutschland angegliedert wurden“; er schlug vor, eine Erinnerungsstätte an Aussiedlungen, Deportationen und Vertreibungen von wirklich europäischem Charakter zu schaffen und sich mit der Bitte um die Schirmherrschaft an den Europarat zu wenden. Der polnische Außenminister warnte vor „Unstimmigkeiten und Kontroversen“, die das Zentrum gegen Vertreibungen in Berlin „zwangsläufig“ hervorrufen werde. Der Vorsitzende des polnischen Senats sieht für den Fall der Errichtung „ernsthafte Folgen für die polnisch-deutschen Beziehungen“. (Dziennik Polski, 2.9., PAP 1.9., Polnischer Rundfunk 28.8., nach: Deutsche Welle)

Armut in Polen nimmt dramatisch zu

Die Zahl der Menschen in Polen, die an oder unter der Armutsgrenze leben, explodiert. Nach einer jüngsten Untersuchung haben fast vier Millionen für Lebensmittel im Monat höchstens 130 Zloty (etwa 32,5 Euro) zur Verfügung, 4 Zloty täglich – zum Vergleich: das Essen für einen Gefangenen beläuft sich auf Kosten von 4,2 Zloty. Die Zahl der Armen hat sich seit 1997 verdoppelt. Der Pressesprecher des Hauptamtes für Statistik sagte, für die polnische Armut sei typisch, dass sie in ganz verschiedenen Gebieten und in verschiedenen Gesellschaftsschichten auftritt. „In den westlichen Ländern gibt es prozentual nicht weniger Arme als bei uns, aber in keinem europäischen Staat sind diese Leute so arm wie in Polen.“

(Quelle: Dziennik Polski, nach: DW)

Die EU verlässt Kongo, die Probleme bleiben

An 1. September endete der erste Militäreinsatz der EU außerhalb Europas. Die französische Verteidigungsministerin äußerte sich nach einem Besuch der französischen Truppen im August „zufrieden“ über den „Erfolg“ der Mission. Tatsache aber ist: Für einige Zeit hat sich

die Situation in der Stadt Bunia, wo die Truppen stationiert waren, etwas verbessert. Aber schon 15 km außerhalb tobten die Kämpfe weiter und fanden Masaker statt. Aber auch in Bunia blieb die Lage gespannt. Immer noch befinden sich 12.000 Menschen in einem Lager in der Nähe des Flughafens, weil sie Angst haben, nach Hause zurückzukehren. An den Ursachen der blutigen Auseinandersetzungen hat sich nichts verändert – wie auch? Sprecher der Friedensbewegung und die PDS-Europaabgeordnete Sylvia-Yvonne Kaufmann bewerten den Einsatz der EU-Truppen als reinen Probelauf für die EU-Interventionsarmee. (Quelle: ND, 1.9.)

Konflikt um zukünftige EU-Verfassung

Auch auf der Tagung der EU-Außenminister in Riva traten Interessengegensätze in Bezug auf den EU-Verfassungsentwurf offen zutage. Kurz vor der Konferenz hatten sich die Vertreter von 15 jetzigen und zukünftigen meist kleineren EU-Mitgliedstaaten (von 25) zu einer Gruppe „gleichgesinnter Länder“ zusammengefunden, darunter Österreich, Tschechien, Polen, Finnland, Spanien. Ihre Kritik richtet sich gegen einige Punkte, die das Ungleichgewicht zwischen den Mitgliedstaaten verschärfen. Vor allem die Reform der EU-Kommission – auch bei 25 bzw. 27 Mitgliedstaaten soll die Kommission auf 15 stimmberechtigte Kommissare beschränkt bleiben – und die Schaffung eines EU-Ratspräsidenten, der künftig für zweieinhalb Jahre gewählt wird (bisher: Rotation zwischen allen Mitgliedstaaten nach jeweils sechs Monaten) ziehen

Kritik auf sich. Unmut erregt ferner die weitere Ausweitung von Mehrheitsentscheidungen sowie die Reform der Abstimmungsregeln: Da zukünftig allein die Bevölkerungsgröße eines Mitgliedstaates ausschlaggebend wird, erhält die BRD das größte Gewicht, während vor allem mittelgroße Länder wie Spanien und Polen gegenüber der geltenden Geschäftsgrundlage deutlich abgewertet werden. So rechnete das Institut der deutschen Wirtschaft aus, dass die BRD zukünftig – bei 27 Mitgliedern – in fast 13% aller Abstimmungskonstellationen den Ausschlag gibt (bisher in ca. 7,7% der Konstellationen).

Die Gruppe „gleichgesinnter Länder“ fordert deutliche Änderungen in den am 4. Oktober beginnenden Verhandlungen der Regierungskonferenz. Die BRD, in Koalition mit Frankreich, Italien und den Beneluxländern, droht ihnen damit, umgekehrt ihre noch weitergehenden Forderungen auf die Tagesordnung zu setzen, wenn sie bei ihren Änderungswünschen bleiben.

(Quelle: u.a. SZ, 3.9.)

Zusammenstellung: scc

BERLIN. Aktionstag gegen Abschiebungen: Am 30. August 1983 starb Cemal Kemal Altun, 23-jähriger Asylbewerber aus der Türkei, durch einen Sprung aus dem Fenster des Verwaltungsgerichts in Westberlin. Rachid Sbaai starb am 30. August 1999; und am 30. August 2000 starb der Mongole Altankhou Dagwasoundels bei seiner Flucht aus der Abschiebehaft Berlin. Zum Gedenken an sie und andere Flüchtlinge, die während ihrer Abschiebung bzw. in der Abschiebehaft ums Leben gekommen sind, fand der 2. bundesweite Aktionstag gegen Abschiebehaft statt. Auch Berliner Initiativen und MigrantInnengruppen beteiligten sich u.a. mit einem Antirassistischen Parcours auf dem Breitscheidplatz und einer Kundgebung gegen Abschiebungen vor dem Abschiebeknast Grünau. Hier wurden Dokumentarfilme zum Hungerstreik im Abschiebeknast gezeigt und solidarische Grüße über die Mauer geschickt. Flüchtlingsrat und Pro Asyl gedachten am Denkmal in der Hardenbergstraße (nahe beim Berliner Verwaltungsgericht) Cemal Kemal Altun. Am Sonntagabend fand eine Veranstaltung in der Heiligkreuzkirche statt u.a. mit Traudel Vorbodt (Flüchtlingsrat Berlin), Wolfgang Wieland (ehem. Anwalt von Kemal Altun) und Heiko Kaufmann (Pro Asyl). www.umbruch-bildarchiv.de



1. Brandenburger MigrantInnen-treffen am 23. August in Potsdam

POTSDAM. Auf dem 1. Brandenburger MigrantInnentreffen am 23.08.03 wurde eine Erklärung mit 12 Forderungen beschlossen. Darin heißt es u.a.: Wir fordern die verantwortlichen Vertreterinnen und Vertreter der Politik, der öffentlichen Verwaltungen, der politischen Parteien und der zivilgesellschaftlichen Einrichtungen auf, Zuwanderinnen und Zuwanderer zur Selbstorganisation zu ermutigen und die entsprechenden Ansätze ihres Engagements zu unterstützen. An die Träger der politischen Bildungsarbeit appellieren wir, verstärkt Angebote zur Vermittlung von differenzierten Sachkenntnissen und Kompetenzen zu konzipieren und kostengünstig anzubieten ... Nach unserer Erfahrung ist die Pflege der Mehrsprachigkeit und der Kultur der Herkunftsländer kein Nachteil für die Integration, sondern eher eine Chance für die Zukunftsgestaltung in Deutschland.“

www.eberswalde.de/tolerantes

Hungerstreik gegen Lager-Unterbringung und für Menschenwürde

NEUMÜNSTER. Der irakische Flüchtling Mohammed S. (28), der sich seit dem 30. Juli 2003 in einem Hungerstreik befindet, um gegen die Lebensbedingungen der Flüchtlinge in der landeseigenen Gemeinschaftsunterkunft in Neumünster zu protestieren und seine Verlegung zu erreichen, hat nun die Form seines Protestes ausgeweitet und seinen Mund zugenäht. Nach den Schilderungen von Mohammed S., sei er daraufhin am 2. September 2003 ins Krankenhaus eingeliefert und die Nähte gegen seinen Willen entfernt worden. Das Landesamt hatte zuvor allen Flüchtlingen, die sich durch Essensverweigerung Mohammed S. angeschlossen hatten, ein Gespräch angeboten, in dem das Umverteilungsdatum

der einzelnen Flüchtlingen bekannt gegeben werden sollte. Aufgrund dieses Versprechens brachen Flüchtlinge ihre Aktion ab. Solche Gespräche fanden inzwischen statt. Sie brachten jedoch nach Bekunden beteiligter Flüchtlinge in Neumünster nicht die erhofften Ergebnisse.

Der Flüchtlingsrat Schleswig-Holstein fordert das Landesamt auf, sich der durch betroffene Flüchtlinge und Flüchtlingsorganisationen vorgetragenen Kritik zu stellen und die Bedingungen in der landeseigenen Gemeinschaftsunterkunft zu verbessern; z.B.: • Aufhebung der täglichen Kontrollen durch Stempeln des Hausausweises • Unterbringung in kleineren Einheiten • Möglichkeit der eigenen Essenszubereitung • Keine Eingriffe in Privatsphäre der Flüchtlinge • Zeitnahe Umverteilung in Kreise und Kreisfreie Städte • Verbesserte Beratung.

www.frsh.de

Aktionstage „Ex-Steffi bleibt“

KARLSRUHE. Vom 4.9.–7.9.2003 fanden in Karlsruhe Aktionstage für den Erhalt von Ex-Steffi statt, ein selbstorganisierendes Wohn- und Kulturprojekt, hervorge-

gangen aus dem besetzten Haus in der StephaniensstraÙ 60–64. Hier treffen sich verschiedene Gruppen, die gegen Fremdenhass, Ausgrenzung und Diskriminierung arbeiten. Außerdem leben hier rund 25 Menschen, die diese Wohnform bewusst gewählt haben, weil wir sie ihr Leben selbst gemeinsam bestimmen wollen. Ende September läuft der Nutzungsvertrag mit der Stadt aus. Bis jetzt ist sie nicht dazu bereit, über eine Verlängerung des Vertrages oder ein entsprechendes Ersatzobjekt zu verhandeln. Das Areal Hbf-Süd, das außerdem noch 28 KünstlerInnen und ihren Ateliers Platz bietet, soll als Büro- und Gewerbefläche verkauft werden. Seit 20 Jahren aber findet die Stadt keinen Investor. In Karlsruhe besteht bereits ein Überangebot an nicht-vermieteter neu gebauter oder sanierter Gewerbefläche. Die Initiative erklärt: „Der Bedarf an einem sogenannten TIME-Park ist also nicht vorhanden. Was wir brauchen ist das was wir haben! Ein Zentrum für freie Kunst und Kultur! Unser Vorschlag für die Stadt ist: Erhaltung des Areals HBF-Süd als Kunst und Kulturoase.“

www.exsteffi.de

Prozesslawine gegen Teilnehmer der resist-Kampagne steht bevor

FRANKFURT/MAIN. Mehrere tausend Menschen hatten sich im Frühjahr an gewaltfreien Widerstandsaktionen gegen den Irak-Krieg beteiligt. Die meisten Aktionen fanden im Rahmen der Kampagne „resist the war“ statt, die zu zivilem Ungehorsam gegen den Krieg aufgerufen hatte. Bei Blockadeaktionen vor der US-Airbase Frankfurt wurden hunderte Beteiligte vorübergehend festgenommen. Nachdem das Ordnungsamt im Juni an über 1.300 Personen Anhörungsbogen verschickt hatte, folgen nun ebenso viele Bußgeldbescheide über jeweils 118,50 Euro. Zusätzlich werden gegen einige der Beteiligten wegen des strafrechtlichen



Vorwurfs der Nötigung und gegen Koordinatoren der „resist“-Kampagne wegen Verstoßes gegen das Versammlungsgesetz Strafbefehle erlassen. Die Einschüchterung durch Bußgeldbescheide und Strafbefehle hat nicht den staatlicherseits gewünschten Erfolg gebracht. Vielmehr werden alle Betroffenen sich aktiv vor Gericht gegen die erhobenen Vorwürfe zur Wehr setzen. Im Falle der Führung völkerrechts- und grundgesetzwidriger Kriege hätten Bürger die Pflicht zum gewaltfreien Widerstand – so die Koordinationsgruppe von „resist the war“ in einer Pressemitteilung. Die Beteiligten sind bereit, die Prozesse gegebenenfalls bis zum Bundesverfassungsgericht in Karlsruhe durchzustreiten. Zugleich sind diese Prozesse die einzige und letzte Chance, das höchste bundesdeutsche Gericht mit der grundgesetzwidrigen Unterstützung des Krieges durch die Bundesregierung zu befassen, nachdem der Generalbundesanwalt die Verfolgung sämtlicher Strafanzeigen gegen die Bundesregierung eingestellt hatte.

Erste Prozesse wegen Verstoßes gegen das Versammlungsgesetz (Ordnungswidrigkeit) und wegen des Vorwurfs der Nötigung (Strafgesetzbuch § 240) werden bereits im September und Oktober in Frankfurt stattfinden.

www.friedenskooperative.de

Pax Christi: Appell für Frieden und Aussöhnung mit der Türkei

BAD VILBEL. In dem Appell anlässlich des Antikriegstags heißt es: „Nie gab es in den Zeiten der gewalttätigen Auseinandersetzungen in der Türkei eine solche Chance zu Frieden und Versöhnung wie im Jahr 2003: – Von kurdischer Seite, auch von der PKK/KADEK, wurden einseitige Schritte weg von der Gewalt hin zu einer demokratisch-friedlichen Lösung innerhalb der Republik der Türkei gesetzt. – Es gibt endlich eine reformbereite türkische Regierung. Aber leider fehlt eine ausreichende und ermutigende Unterstützung der Kurden wie der türkischen Regierung durch die europäischen Regierungen und die NATO-Staaten. Doch noch gibt es Chancen, die Stunde im guten Sinn zu nutzen mit eindeutigen Signalen zu Frieden und Versöhnung. Wer gegen Terrorismus alles in Bewegung setzt, der wird unglaublich, wenn er solche Chancen nicht nutzt! ... pax christi fordert die Bundesregierung und insbesondere Außenminister Fischer auf, eindeutige Signale zur Unterstützung von Frieden und Versöhnung zu geben, gerade auch beim Besuch des türkischen Ministerpräsidenten Erdogan in Berlin. pax christi drückt ihre Hoffnung auf ein Gelingen der von türkischen und deutschen Nicht-Regierungs-Organisationen am 11.–12. Oktober in Ankara geplanten Friedens- und Versöhnungskonferenz aus und wird auch den intensivierten Kontakt zur türkischen Regierung suchen.“

www.paxchristi.de

Brief der VVN zur Gebirgstruppe : Auf die Überlebenden zugehen!

GARMISCH-PARTENKIRCHEN. Am 18. August schrieb das Garmisch-Partenkirchener Tagblatt (GPT): „Um dem Ruf der Gebirgstruppe als mögliches Sammelbecken rechtsradikaler Kräfte entgegenzuwirken und um ein Zeichen für Völkerverständigung zu setzen, hat der Kameradenkreis jetzt der Opfer von deutschen Kriegsverbrechen sowohl in Kommeno als auch auf der griechischen Insel Kephallonia mit einer Kranzniederlegung gedacht.“

Darauf antwortete Ulrich Sander (VVN NRW) am 21. August mit einem Leserbrief, in dem es heißt: „Der Kameradenkreis ‚Gebirgstruppe‘ will also aussöhnen. Nach dem Motto: Wir sind euch nicht mehr böse dafür, dass wir euer Land überfielen und eure Ortschaften vernichteten und ihre Bewohner umbrachten – hier ist unsere Hand und unser Kranz? Versöhnen können sich doch nur gleichermaßen Verfeindete. Diese Menschen in Kommeno hatten Deutschland nichts angetan, aber die deutschen Soldaten taten ihnen Schreckliches an. Hätten diese Soldaten also nicht allen Grund zu bereuen, um Verzeihung zu bitten, für Bestrafung der Täter zu sorgen und für Entschädigung der Opfer einzutreten? Davon ist aber nichts zu vernehmen. Und davon war auch nichts zu vernehmen, als Vertreter der Opfergemeinden zu Pfingsten in Mittenwald weilten. Eine Gelegenheit wurde vertan. Es wurde kein Schritt auf die Überlebenden zu getan. Sie wurden gar im GPTblatt von Kameradenkreissprechern als Leute abgetan, die sich vor den Karren der Extremisten spannen lassen ... Ein Veteran sagte ins TV-Mikrofon: Diese Leute gehören entsorgt. Ja, wie Ungeziefer hätten einige uns gerne vernichtet. Wann wird diese Haltung, die dahinter steckt, endlich öffentlich diskutiert und hoffentlich überwunden? Und könnte nicht ihre Zeitung dabei helfen?“

Ulrich Sander, Landessprecher der VVN-BdA NRW www.nrw.vvn-bda.de

Globale Aktionswoche gegen WTO-Tagung in Cancún

FRANKFURT/MAIN. Mit Aktionen in mehr als 30 Ländern protestiert das internationale Netzwerk „Our world is not for sale“ gegen die WTO-Ministerkonferenz im mexikanischen Cancún. Attac Deutschland plant im Rahmen dieser globalen Aktionswoche Informationsveranstaltungen und Protest in über 25 deutschen Städten. Schwerpunkte sind der internationale Blockadetag am 9. September, an dem unter anderem Aktionen in Berlin, Hamburg und Leipzig geplant sind, sowie der 13. September, an dem die Politik der WTO und ihre Auswirkungen bundesweit auf der Straße sichtbar gemacht werden sollen. So gibt es in Aachen eine „globalisierte Stadt-

führung“ zur Macht internationaler Konzerne, in Dresden läuft eine Ausstellung zum WTO-Dienstleistungsabkommen GATS, in Berlin planen mehrere Organisationen ein „WTOpoly“-Spiel auf dem Alexanderplatz. Die Attac-Gruppe in Hannover zeigt in Supermärkten, wie mittels einer WTO-Klage der europäische Widerstand gegen gentechnisch veränderte Nahrungsmittel gebrochen werden soll. Um die WTO-Bestrebungen zur Privatisierung aufmerksam zu machen, privatisiert die Kölner Attac-Gruppe die Rheinpromenade. www.attac.de

Verleih der „Goldenen Nase“

SCHWARZA. Die Firma HS Bewachungsunternehmen in Schwarza bei Suhl ist die erste, der von der im Oktober 2002 gegründeten BürgerInneninitiative „Gegen Billiglohn – Für Gleichbehandlung“ am 5. August 2003 die „Goldene Nase“ übergeben wurde.

Zur Auswahl standen die Unternehmen Landhotel Ottonenhof in Ottlar, die Firmen Anton Schlecker, Zeiss Meditec AG Jena, Berggold Pößneck, PSD Piepenbrock Sicherheitsdienste Suhl, die HS Sicherheitsdienste Schwarza, die Metro AG und NORMA Lebensmittelfilialbetrieb GmbH & Co KG. Alle diese Unternehmen legen nach Untersuchung der Initiative einen Umgang mit den Beschäftigten an den Tag, der für die BürgerInneninitiative inakzeptabel sei, die Firma HS Sicherheitsdienste in Schwarza bei Suhl jedoch überschreite jegliches Negativniveau. Etwa 1.500 Beschäftigte würden trotz allgemeinverbindlichem Tarifvertrag Wach- und Sicherheitsgewerbe nicht nach Tarif bezahlt, würden für Dumpingangebote in anderen Bundesländer missbraucht, müssten oft 14 Stunden pro Tag arbeiten, freie Tage oder freie Wochenenden würden selten gewährt, hätten keine festgelegten Pausenregelungen, bekämen keine Zahlung



von Zuschlägen für Mehrarbeit, Urlaubsansprüche würden hintergangen und Angestellten würde bei Gewerkschaftsmitgliedschaft Kündigung angedroht.

Die BürgerInneninitiative betont, dass die Aktionen keinesfalls mit Personifizierung verbunden sind. „Unser Anliegen ist es, die Beachtung der Menschenwürde durchzusetzen und nicht zuzulassen, dass Menschen arbeiten um zu leben und nicht trotz Arbeit im zweitreichsten Land der Welt ein Einkommen auf Sozialhilfeniveau haben und in der Wahrnehmung ihrer Rechte behindert werden!“

<http://hd.verdi-th.de>

Elmshorn: Erfolgreicher Bürgerentscheid gegen Umgründung der Stadtwerke



Aus der Vorbereitungsphase

ELMSHORN (SCHLESWIG-HOLSTEIN). Die Ortsgruppe von attac hatte zur Gründung eines überparteilichen und zeitlich begrenzten Aktionsbündnis ein, und gut 30 Elmshornerinnen und Elmshorner kamen. Bemerkenswert, dass es nicht nur politisch Aktive, sondern die „alteingesessenen“ Einwohnerinnen und Einwohner sind, die sich für die Stadtwerke als Eigenbetrieb engagieren wollen. Der Fraktionsvorsitzende der WGE/DIE GRÜNEN, Andreas Srogosz-Osnabrügge, referierte den ablehnenden Standpunkt seiner Partei zur Umgründung in eine Aktiengesellschaft. Er kritisierte die Sondersitzung des Stadtverordnetenkollegiums am 14. August. Hier soll noch vor dem Bürgerentscheid der Aufsichtsrat gewählt werden. Was die Umgründung und damit der Verkauf von Aktien mit der Investition in ein für die Kölln-Flockenwerke geplantes Biomassekraftwerk zutun hat, blieb unklar. Andreas Srogosz-Osnabrügge ging auch auf die derzeitige Situation der Wasserversorgung durch die Stadtwerke ein. Die Qualität des Wassers sei gut bis sehr gut. Dies müsse aber bei einer Privatisierung nicht so bleiben. Schließlich würden jetzt noch jährlich 2% der Versorgungsleitungen ausgetauscht, was diese Qualität garantiert. Hieran entzündete sich auch die Diskussion. Denn das internationale GATS-Abkommen will den Handel mit öffentlichen Gütern und damit Dienstleistungen als Waren festschreiben. Ebenso wurde der Abbau von Demokratie durch die Privatisierung benannt. Dagegen behaupten

die Befürworter der anderen drei Fraktionen, dass der kommunale Einfluss gesichert sei und dass sich Energiekonzerne dort nicht einkaufen können, was durch die Satzung geregelt werden soll. Tatsächlich ist dort eben bisher nicht festgelegt, wer Aktien kaufen darf. Diese dürfen, weil es Namensaktien sind, weiterverkauft werden.

Berichtet wurde auch von der Privatisierung kommunaler Werke wie in Kiel, wo die Stadt jetzt versucht, ihren Einfluss wieder geltend zu machen und dabei die Aktien zurückkaufen muss. Zudem die Frage, ob es denn auch weiterhin bei der Quersubventionierung bleibt, bei der z.B. das Minus der Badeanlagen durch das Plus der anderen Betriebsteile und Aktivitäten ausgeglichen werden. Schließlich konnten Diskussionssteilnehmer auch das Argument der Bindung der Mitarbeiter durch die Gewinnpapiere nicht verstehen. Der ausgehandelte Personalüberleitungsvertrag ist ja auch ein Dokument, wo die Beschäftigten zukünftige Kündigungen verhindern wollen und nicht umgedreht. Allerdings ist der tarifliche Bestandsschutz nur bis zum Jahr 2007 gesichert. Im Ergebnis der Diskussion wurde vorgeschlagen, die aufgeworfenen Fragen und Gründe für die Beibehaltung der Stadtwerke als Eigenbetrieb durch Presseerklärung, Informationsblätter und Informationsständen öffentlich zu machen und sich an den noch stattfindenden Diskussionen aktiv zu beteiligen. Für den nebenstehenden Aufruf wurden Unterschriften gesammelt.

(Elmshorner Gegensätze 8, rua)

Klare Absage an Privatisierung

Nach dem Erfolg:

ELMSHORN (SCHLESWIG-HOLSTEIN). Am Wahlabend des Bürgerentscheides sah man einen konsternierten Bürgerblock



Teilnehmer des Aktionsbündnisses „Eigenbetrieb JA“ nach der Auszählung der letzten beiden Wahlbezirke

von CDU/FDP und der SPD, die in der vorausgegangenen Auseinandersetzung selbstsicher 90% der Wähler für sich reklamierten. Und auf der anderen Seite die Wählergemeinschaft Elmshorn/Die Grünen und das Aktionsbündnis „Eigenbetrieb JA“, die aus einer Minderheitenposition heraus den Bürgerentscheid für sich entscheiden konnten. Von 37192 Wahlberechtigten gingen 9410 (25,3%) zur Wahl. Davon stimmte eine überwältigende Mehrheit von 7924 Bürgerinnen und Bürger mit Ja für den Eigenbetrieb (84,44%) und nur 1460 Wahlberechtigte (15,56%) mit einem Nein für die Umgründung der Stadtwerke in eine Aktiengesell-

Aufruf: Bürgerinnen und Bürger der Stadt Elmshorn sagen Ja zum Eigenbetrieb der Stadtwerke Elmshorn!

Die Stadtwerke Elmshorn gehören der Stadt und damit den Bürgerinnen und Bürgern; sie haben über ihre Beiträge den Betrieb geschaffen und bezahlt. Öffentliches Eigentum darf nicht verkauft werden.

Die Privatisierung der Stadtwerke bedeutet, dass die bisherige demokratische Kontrolle – über den Stadtwerkeausschuss und das Kollegium – verringert wird. Der Einfluss der Bürgerinnen und Bürger nimmt ab; das wiederum bedeutet Abbau von Demokratie.

Die Umwandlung in eine Aktiengesellschaft heißt, dass große Energieversorger über die Aktien den Zugriff auf die Leitungsnetze bekommen könnten. Wer die Leitungsnetze hat, bestimmt schlussendlich Leistung und Preis.

Eine Aktiengesellschaft ist nur ihren Aktionären und nicht der Allgemeinheit verpflichtet.

Die Privatisierung von Dienstleistungen wie z.B. die Wasserversorgung bedeutet, dass Wasser kein Allgemeinrecht mehr ist. Es wird vielmehr zu einem Wirtschaftsgut und eine Ware auf dem internationalen Markt. Damit wird ein wesentlicher Teil der Daseinsfürsorge in die Hände von gewinnorientierten Aktionären gelegt.

Die Umgründung des Eigenbetriebes Stadtwerke Elmshorn in eine Aktiengesellschaft kostet uns ca. 500.000.- Euro. Sogar das Innenministerium hat in einer Stellungnahme ganz klar und deutlich erklärt, dass die von der Stadt vorgelegten Umwandlungsgründe keine Substanz hätten und eine Umwandlung der Stadtwerke in eine AG nicht stattfinden sollte.

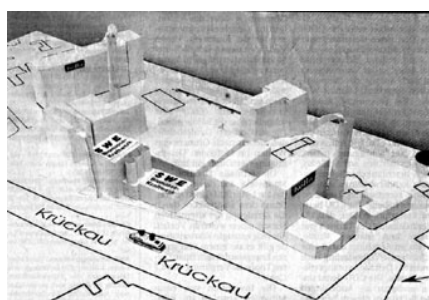
Deshalb antworten wir auf die Frage:

„Sind Sie dafür, dass die Stadtwerke Elmshorn ein Eigenbetrieb der Stadt Elmshorn bleiben?“ am 24. August 2003 mit JA!

schaft. Dabei wurde erst nach der Auszählung der letzten beiden Wahlbezirke die erforderliche 20% Mehrheit von 7439 Stimmen erreicht.

Wie schwer die Verlierer dieser Abstimmung von diesem Ergebnis getroffen wurden, zeigen die ersten Erklärungsversuche. „Viele waren nicht mehr für Argumente zugänglich gewesen“ (Beate Raudis, SPD), „das war Stimmungsmache gegen die Umgründung,“ (Brigitte Schrammeck, FDP), und (Andreas Hahn, CDU), „hier haben wir eine Chance verpasst, die Stadtwerke in eine gesicherte Zukunft zu führen.“ Dabei hatten diese bis dato nicht verstanden, dass das Er-

gebnis auch ein deutliches Votum gegen den Fahrplan, den die Rathausfraktionen von CDU/FDP und SPD vorgegeben hatten, war. Man beschließt eben nicht eine Änderung der Rechtsform rückwirkend zum 1. Januar dieses Jahres, bestellt den Aufsichtsrat, hält Notare und Beurkundung am Wahlabend bereit, und lässt den Bürger mal so nebenbei abstimmen. Den Bürgentscheid nicht als Souverän über diese weitreichende Richtungsentscheidung zu akzeptieren ihn gleichzeitig aber mit beschlossen zu haben, kam eben nicht gut an. Einen Strich durch die Rechnung dürfte auch das Gros der alteingesessenen Elmschörnerinnen und Elmschörner gemacht haben, die nicht unbedingt Wähler der WGE/Die Grünen sind. So verzeichnete der Wahlkreis Raboisenschule, ein Stadtteil mit Einzelhausbebauung, die höchste Wahlbeteiligung mit



34,78% und einem Votum von 86,75% für den Eigenbetrieb. Hohe Wahlbeteiligung auch im Siedlerviertel. Bei Döllinghareico und Schule Koppeldamm wurden mit 87,2% und 89% für den Eigenbetrieb die höchsten Ja-Stimmen Ergebnisse bei überdurchschnittlicher Wahlbeteiligung erzielt. Diese Wählerinnen und Wähler haben allerdings schon einmal einen Bürgerentscheid gewonnen, und die eher sinnvolle Baumschutzsatzung gekippt. Aus diesem Grunde ging auch das Kalkül in den befürwortenden politischen Fraktionen, nicht in besonderer Weise zur Wahl zur mobilisieren, sondern nur die Gegner der Privatisierung anzugreifen, nicht auf. Die Traditionsbewussten, die „ihre Stadtwerke“ behalten wollen, sind eben auch pflichtbewusst und gehen schon kurz nach dem Frühstück zur Urne. Alles in allem, nimmt man auch die Gespräche beim Flugblattverteilen des „Aktionsbündnisses Eigenbetrieb – Ja“ zusammen, gab es eine grundsätzliche Ablehnung der Privatisierungsbestrebungen. Zu dieser grundsätzlichen Ablehnung kam auch immer das Unverständnis dazu, weshalb ein gut laufender Eigenbetrieb, mit dem die Verbraucher zufrieden sind, als Aktiengesellschaft geführt werden soll.

Das von der Ortsgruppe attac gegründete Aktionsbündnis „Eigenbetrieb – Ja“ will jetzt in der zukünftigen Diskussion seinen Teil einfordern. Denn der Bürgerentscheid gilt für zwei Jahre, und neuerliche Privatisierungsideen sind mit Sicherheit zu erwarten.

(Elmschörner Gegensätze 9, rua)

Augsburg: Private Helios Kliniken GmbH will Klinikum übernehmen

Gesundheit ist keine Ware ! ver.di

In der nächsten Zeit wird die Losung sicher noch viele beschäftigen, denn Landrat Dr. Vogele liebäugelt jetzt mit einer Übergabe des Augsburger Klinikums an die private Helios Kliniken GmbH. Dagegen wird wohl nur ein Bürgerentscheid etwas ausrichten können, wie Erfahrungen aus anderen Städten zeigen.

Kaum hatten die Vertrauensleute der Gewerkschaft ver.di des Augsburger Klinikums 1.650 Unterschriften gegen eine Ausgliederung von bis zu 2.000 Beschäftigten des Servicebereiches in eine Billiglohn-Tochter am 14. Juli 2003 an OB Wengert übergeben, wurde ihnen am 17. Juli weitere gravierenden Einsparmaßnahmen angekündigt: Es gibt bis auf wenige Ausnahmen keine Neueinstellungen mehr, frei werdende Stellen werden nicht besetzt, übertarifliche Zulagen gestrichen und Beförderungen verschoben. Insgesamt sollen bei den Personalkosten 8,5 Millionen Euro gekürzt werden. Die Personalvertretung befürchtet, dass nicht „nur“ umgerechnet 200 Planstellen abgebaut, sondern auch noch zahlreiche der 400 befristeten Zeitverträge nicht verlängert werden. Dazu soll Mehrarbeit kommen: Mit einer neuen Feiertagsregelung müssten die Pflegekräfte im Schnitt fünf Tage im Jahr mehr arbeiten.

Gegen all diese Verschlechterungen setzen sich die Beschäftigten energisch zur Wehr. Landrat Dr. Vogele setzt sie jetzt gewaltig unter Druck. „Wenn wir selber es nicht schaffen, das Klinikum auf gesunde Beine zu stellen, müssen wir andere Wege gehen“, und leitet damit zum Angebot der privaten Helios Kliniken GmbH aus Fulda über. Dieser Gesundheitskonzern will das Augsburger Klinikum mit einer mindestens 51-prozentigen Mehrheit sowie die beiden städtischen Krankenhäuser Bobingen und Schwabmünchen übernehmen. Helios

betreibt bereits zwei Dutzend Häuser mit über 14.000 Beschäftigten. Jetzt ist die Öffentlichkeit gefragt. Kommunale Bürgerentscheide gegen die Privatisierung können durchaus erfolgreich sein. So z.B. in Nordfriesland, wo sich die Bewohner im April 2002 gegen den Verkauf der Krankenhäuser Husum, Niebüll und Tönning wandten. Der Entscheid, die schleswig-holsteinischen Krankenhäuser in kommunaler, gemeinnütziger Trägerschaft und Verantwortung des Kreises zu belassen, ist für zwei Jahre bindend.

In Hamburg haben 111.854 BürgerInnen für das Volksbegehren „Gesundheit ist keine Ware“ abgestimmt und bereiten sich jetzt auf den Volksentscheid vor (wir berichteten). In Zwickau stimmten über 30.000 für den Erhalt des Klinikums in kommunaler Trägerschaft (siehe Kasten nächste Seite). In Plauen waren es 12.800, was aber nicht zur Erfüllung des Zustimmungsquorums von 25% der Stimmberechtigten ausreichte. Sie können es nicht nachvollziehen, dass das Klinikum bei einer Aktivabildanz von knapp 80 Mio. Euro für nur 15 Millionen Euro verkauft werden soll. Nach den Wahlen in Bremen läuft derzeit ein Volksentscheid „Gesundheit ist keine Ware“ zu 2 Komplexen: 1. Begründung für die Aufhebung des Krankenhausunternehmensgesetzes v. 1. 4.03 und 2. Erstellung eines Bremischen Rahmengesetzes über die Errichtung von kommunalen Krankenhausunternehmen. Dies sind nur einige Beispiele.

Im Augsburger Landratsamt soll schon eine erste Helios-Präsentation stattgefunden haben. Im Herbst will der Landrat eine Helios-Klinik in Erfurt besichtigen. Wie die Fachzeitung „Bio-Skop“ im Juni 2002 berichtete, ist die Helios Kliniken GmbH vor allem in der ehemaligen DDR aktiv. „Dort hat der Konzern mehr als 370 Millionen Euro investiert. 2014 werden über 480 Millionen Euro in die Helios Kassen zurück geflossen sein. Das sind ausschließlich staatliche Fördergelder für den ‚Aufbau Ost‘.“

Bei einer Anhörung des Wirtschafts- und Wissenschaftsministeriums Baden-Württemberg am 2. Juli 2003 in Stuttgart unter dem Titel „Teilprivatisierung der Uniklinika“ waren potenzielle Investoren wie die Röhn Klinikum AG und die Helios Kliniken GmbH eingeladen. Präsentiert wurde ein Privatisierungsbeispiel aus Sachsen. Die betroffenen Beschäftigten arbeiten dort ohne Tarifbindung für 80 Prozent des Tarifgehalts. Die Gewerkschaft ver.di war zur Anhörung



Am 15. Juni 2002 machte Attac München anlässlich des bundesweiten Aktionstages „Gesundheit ist keine Ware“ in München auf die Folgen von Privatisierungen im Gesundheitswesen aufmerksam.

Am 10. Nov. 2002 stimmten über 30.000 BürgerInnen (81,1%, 43,9% Beteiligung) in Zwickau für den Erhalt der kommunalen Trägerschaft des Klinikums.

Aus der Erklärung der Bürgerinitiative „Städtisches Klinikum“: Der Sommer dieses Jahres war in unserer Stadt von einer bisher beispiellosen demokratischen Aktion geprägt. Erinnern wir uns: Stadtverwaltung und die Fraktionen von CDU und SPD im Stadtrat Zwickau hatten in den ersten Monaten des Jahres 2002 besonders intensiv nach schnellen Geldquellen für die Sanierung des städtischen Haushaltes der kommenden Jahre gesucht. Sie sahen die Lösung der akuten Finanzprobleme im Verkauf von Unternehmen, die noch im Eigentum der Stadt sind. Dabei geriet das Städtische Klinikum Heinrich Braun ins Fadenkreuz. Ein Zufall ist das natürlich nicht. Das Krankenhaus ist eine effektiv wirtschaftende Einrichtung und hat in den vergangenen Jahren – im Wesentlichen aus eigenen Kräften – eine außerordentlich gute Entwicklung genommen, ist auf der Höhe der Zeit. Und zwar materiell genauso wie im Niveau der medizinischen Betreuung der Bevölkerung von Stadt und Region. Eigentlich müssten die Verantwortlichen der Stadt über diese Erfolgsbilanz froh und stolz sein und alles daran setzen, den weiteren Aufschwung der Klinik auch in den kommenden Jahren zu ermöglichen und zu unterstützen. Weit gefehlt. Im Gegenteil. Weil das Heinrich-Braun-Krankenhaus gut ist und weil es deshalb einen hohen Marktwert hat, soll es zu Geld gemacht werden ... Was ändert sich, wenn das Krankenhaus privatisiert wird? Jedes Unternehmen definiert sich zuerst über sein Unternehmensziel. Die Tatsache, dass ein privates Unternehmen zuallererst gewinnorientiert arbeiten wird und muss, stellt keine vordergründige moralische Wertung dar. Das ist weder gut noch böse. Das ist ganz einfach so. Ein privates Unternehmen muss in seiner Geschäftspolitik ganz einfach der marktwirtschaftlichen Logik folgen ... Gesundheit wird zur Ware und der Patient zum Kunden, zum Kalkulationsfaktor.

Ist ein Unternehmen wie unser Krankenhaus in der Hand der Stadt, hat es andere Ziele. Im Vordergrund stehen nicht Gewinnabsichten, sondern ein Versorgungsauftrag, ein sozialer Auftrag und möglichst kostendeckendes Arbeiten, ohne Zuschüsse. Und im Vordergrund steht bei einem kommunalen Krankenhaus das Wohl der Bevölkerung von Stadt und Region. Sollte es – was erfreulich ist – zu Überschüssen kommen, dann wird das Geld nicht zum ausgeschütteten Profit, sondern es wird direkt im Unternehmen wieder investiert, kommt den Bürgern, den Patienten direkt zugute.

nicht eingeladen. Sie rief daher die Beschäftigten zu einer Protestkundgebung vor dem Veranstaltungsort auf.

Was macht ein Krankenhaus erfolgreich?

Diese Frage stellt die Personalratsvorsitzende Schwering in den neuesten Personalratsinformationen am Klinikum Augsburg. Sie schreibt: „Erfolgreiche Krankenhäuser haben eine Vision und ein Ziel, sie wissen, wohin sie sich entwickeln wollen und treffen ihre Entscheidungen dann begründet. Einzigartige Leistungsmerkmale in Kliniken führen bei Patienten zur Zufriedenheit und die Kliniken können wirtschaftlich erfolgreich geführt werden. Heute werden die unterschiedlichen Abteilungen jedoch häufig nach Schema F geführt als würden über-

all die gleichen Erfolgsparameter gelten. Eine Klinik wie unsere muss Breite und Tiefe im medizinischen Spektrum abdecken. Sie benötigt exzellente Spezialisten genauso wie eine Weite im Angebot. Motivierte MitarbeiterInnen müssen sich einbringen können! Eine Integration verschiedener Kliniken ermöglicht die Aufrechterhaltung einer hohen Qualität bei gleichzeitiger Kostensenkung. Unser Klinikum benötigt ein Miteinander aller: Träger, Vorstand, Ärzte, Pflege und Personalvertretung müssen gemeinsam arbeiten, um Lasten nicht einseitig zu verteilen, wie es im Falle der Gründung einer Service GmbH wäre.“ Vogeles Vorstoß stößt bei ihr auf „klare Ablehnung“. Dabei muss die Öffentlichkeit sie unterstützen. (Berichte aus Augsburg und Schwaben, baf)

Übernahmeangebot von Helios – Schluss mit der ständigen Verunsicherung der Beschäftigten im Klinikum Augsburg!

Vertrauensleute im Klinikum informieren

„Informationen der Vertrauensleute am Klinikum Augsburg und Krankenhaus Haunstetten“ August-Ausgabe:

Viele schütteln nur noch den Kopf über die derzeitige Führung unseres Hauses. Der Vorstand erarbeitet ein Konzept für die Gründung einer oder mehrerer Service-GmbHs, der Landrat trifft sich mit Vertretern des Helios Konzerns, die ihm laut AZ ein Übernahmeangebot machen, alle anderen von der AZ befragten Politiker lehnen die Übernahme durch den Helios Konzern mehr oder weniger ab.

Bundesweit werden zurzeit gute Kliniken schlecht geredet. Das demotiviert viele engagiert arbeitende Kolleginnen und Kollegen. Bundesweit wird so getan, als seien öffentlich-rechtliche Krankenhäuser nicht mehr zeitgemäß.

Doch die meisten Krankenhäuser sind nicht marode, sondern sie erhalten nicht die Erträge, die sie zur Deckung ihrer Kosten benötigen. Deshalb müssen die Forderungen unserer Verbandsräte an die Politik gehen, deshalb muss viel klarer

und stärker die Refinanzierung von Lohn- und Gehaltskosten gefordert werden.

Wie stehen wir von ver.di zu einer Privatisierung oder konkret zu einer Übernahme durch den Helios Konzern?

1. Das Deutsche Ärzteblatt beschrieb den Erfolg der derzeit in Deutschland expandierenden Klinikketten so: „Sie folgen oftmals dem Aldi-Prinzip.“ Dieses Bild scheint sehr zutreffend und wir alle können uns vorstellen, wie es dann mit und in den Aldi-Kliniken in 10 Jahren aussieht. Unsere Vorstellungen zur Humanität im Krankenhaus sind andere! Wir wollen weiterhin Qualität für unsere Patienten und Arbeitsbedingungen, die uns diese ermöglicht.

2. Die Helios Kliniken GmbH Fulda wurde erst 1994 gegründet, die Expansionserfolge liegen über dem Branchendurchschnitt, d.h. diese Kette erwarb innerhalb von nur neun Jahren 22 Akut- und Fachkrankenhäuser aller Versorgungsstufen. Im Jahr 1999 waren wir mit dem Übernahmeangebot eines ähnlich



ver.di-Vertrauensleute auf dem Weg zum Verwaltungsratsvorsitzenden OB Dr. Paul Wengert. Sie übergeben 1650 Unterschriften von Beschäftigten des Klinikum Augsburgs gegen Service-GmbH und Privatisierungsabsichten mit einem Korb Zitronen.

stark expandierenden Unternehmens konfrontiert, dem Deutschen Orden. Viele werden sich an unsere Aktivitäten gegen diese Übernahme erinnern. Es kam dann auch „Gott-sei-Dank“ nicht dazu, denn am 1.12.00 berichtete die AZ: „Deutscher Orden zahlt keine Gehälter mehr.“

Unsere Meinung ist, dass Helios sich mit diesem Übernahmeangebot ebenfalls überschätzen könnte. Bei 22 Kliniken und einem Gesamtumsatzvolumen von 588 Mio. Euro unsere Klinik zu übernehmen, ist u. E. kein seriöses oder gesundes Konzernwachstum.

3. Ein Gespräch mit Helios fand bisher nur durch den Landrat Dr. Vogeke statt. Der sagte noch 1999 zum Klinikum: „Unser Haus ist eine schicke Braut, die wir nicht so einfach hergeben.“ Das vom Landrat geführte Gespräch ist eigentlich eine schallende Ohrfeige gegen unseren Vorstand, die dieser so nicht verdient hat.

Bei der ersten Schwirrigkeit unseres Hauses (seit der Umwandlung in ein selbstständiges Kommunalunternehmen (SKU) sind unsere Ergebnisse immer ausgeglichen gewesen) Verkaufsüberlegungen überhaupt ins Spiel zu bringen, ist nach unserer Meinung der schwerste Managementfehler überhaupt. Wir können uns auch kaputt reden!

4. „Will der Landrat das Klinikum wirklich verkaufen? Oder will er nur Personalrat und Gewerkschaft drohen, damit die nicht länger gegen das Sparpaket blockieren?“ fragt die AZ am 02.08.03.

Auch wir von ver.di gehen davon aus, dass die geführten Gespräche keine ernstzunehmenden Verkaufsgespräche waren. Aber sie sind ernstzunehmen, weil sie tatsächlich enormen Druck beim Personal aufbauen sollen. Druck auf uns Beschäftigte, die wir täglich hier eine gute Arbeit leisten, Druck auf den Personalrat, der dadurch seinem gesetzlichen Auftrag zuwiderhandeln soll: „der Personalrat hat dafür zu sorgen, dass die zugunsten der Beschäftigten geltenden Gesetze, Verordnungen, Dienstvereinbarungen, Tarifverträge und Verwaltungsanordnungen durchgeführt werden...“

Wir meinen, dass gerade jetzt, in Zeiten, in denen die Rahmenbedingungen sehr schwierig sind, eine starke Interessensvertretung durch die Gewerkschaften erforderlich ist. Helios' Interesse an unserem Haus wird wachsen, wenn wir freiwillig auf Lohnbestandteile oder Urlaub verzichten. Helios' Interesse wird nicht wachsen, wenn es an unserem Haus eine mitgliederstarke Gewerkschaft ver.di gibt!

Deshalb sagen wir es hier noch einmal:

Wir benötigen einen Runden Tisch an dem Strukturveränderungen entwickelt werden. Wir benötigen ein wirkliches Miteinander des Vorstands mit den Beschäftigten, um unsere Zukunft zu sichern. Wir benötigen besonnenen Umgang mit dem Finanzproblem unseres Hauses und keinen Aktionismus gegen die Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen!

Volksbegehren für Ausbau der Kinderbetreuung.

MAGDEBURG. Seit dem 1. September 2003 findet das Volksbegehren „Für eine bessere Kinderbetreuung in Sachsen-Anhalt“ statt. Wie öffentlich bekannt wurde, haben der Bürgermeister und die Leiterin der Verwaltungsgemeinschaft Oebisfelde am 27. August 2003 Erzieherinnen mit Entlassung gedroht, sollten sie sich an der Unterschriftenaktion des Volksbegehrens beteiligen. Die PDS-Landtagsfraktion protestiert gegen diese Diskriminierung des Volksbegehrens auf das entschiedenste! Derartige Drohungen und Einschüchterungen sind nach Auffassung der Fraktion verfassungsrechtlich äußerst bedenklich. Die PDS-Landtagsfraktion wird diesen Vorgang im Landtag thematisieren, nicht zuletzt, weil sich hier auf eine „Anweisung aus Magdeburg“ berufen wurde.

www.pds-sachsen-anhalt.de

U-Bahn-Cross-Border-Leasing gescheitert.

FRANKFURT/MAIN. Am 3. September 2003 hat die Fraktion der Grünen im Frankfurter Römer entschieden, ihre Unterstützung für das U-Bahn-Cross-Border-Leasing zurück zu ziehen. Für dieses Projekt gibt es also keine parlamentarische Mehrheit mehr. Auch die CDU will jetzt die Vorbereitungen stoppen. Über 45.000 FrankfurterInnen hatten mit ihrer Unterschrift einen Bürgerentscheid beantragt. Die Initiatoren dieses Entscheids schreiben zu der neuen Lage: „Wir bitten Sie, weiterhin zu unterschreiben, Unterschriften zu sammeln und einzuschicken, damit das Bürgerbegehren die notwendige Zahl an Unterschriften erreicht. Damit werden wir erreichen, dass in Frankfurt auf absehbare Zeit keine Cross-Border-Leasing-Verträge abgeschlossen werden, auch nicht mit Abwasserkanälen, Müllverbrennungsanlagen oder Schulen.“



45.190 Frankfurterinnen und Frankfurter haben unterschrieben. Bis zu 15 % der Unterschriften werden ungültig sein. (Leserlichkeit, fehlende Angaben...) Wir brauchen 48.000. Es fehlen noch 2.810 ! Helfen Sie mit, die erste erfolgreiche Bürgermitsprache Frankfurts durchzusetzen!“

www.rettetdieubahn.de

Wasserwerk in Gefahr.

HAMBURG. Die am 2. September vorgelegte Liste über die Zukunft der Beteiligungen der Freien und Hansestadt schafft Klarheit: Der Senat stellt die Hamburger Wasserwerken (HWW) prinzipiell zur Disposition, auch wenn er eine Mehrheit von 51% an dem Unternehmen halten will. Damit bestätigen sich die Be-

fürchtungen der Volkinitiative „Unser-Wasser-Hamburg“, die davon ausgeht, dass „Teilverkauf gleich Ausverkauf“ sei.

Noch im Juni des Jahres hatten Vertreter aller Rathausparteien bei einer Podiumsdiskussion unisono die besondere Bedeutung der Wasserversorgung hervorgehoben und einen Verkauf ausgeschlossen. Die Volkinitiative Unser-Wasser-Hamburg hat wiederholt aufgezeigt, dass auch der Verkauf eines kleinen Unternehmensanteils zu Verlusten bei der Versorgungsqualität führt. UWH-Sprecher Jürgen Arnecke: „In Berlin wurde auch nur eine Minderheitsbeteiligung an der Wasserversorgung privatisiert. Der private Investor hat sich aber die Betriebsführung zusichern lassen und umgehend die Investitionen in die Rohrnetze auf ein Zehntel gekürzt. Ab 2005 drohen den Berliner deutliche Verteuerungen des Wassers. Diese Situationen droht auch den Hamburgern.“

Die Volksinitiative hatte am 22. Juli fast 22.000 Unterschriften für den vollständigen Verbleib der Wasserwerke im Rathaus übergeben. Jürgen Wehnert, Sprecher von UWH: „Der Senat hat es den Bürgern jetzt schriftlich gegeben, dass er die HWW verkaufen will. „Unser-Wasser-Hamburg“ ist weiterhin gegen jegliche Privatisierung der HWW und wird mit Nachdruck den nächsten Schritt der Volksgesetzgebung, das Volksbegehren, angehen.“

www.unser-wasser-hamburg.de

HVV-Sozialticket muss erhalten bleiben!

HAMBURG. Diese Forderung stellt die „Aktionsgruppe Sozialticket“, die sich Ende Mai gegründet hat. Sie ruft für den 18. September zu einem Aktionstag auf dem Goetheplatz in Altona mit anschließenden Aktivitäten auf. Wie aus der Presse zu erfahren war, plant der Hamburger Senat, das für den Großbereich Hamburg gültige HVV-Sozialticket für 15,50 Euro ersatzlos zu streichen. Stattdessen sollen SozialhilfeempfängerInnen ab 1.1.2004 eine normale 3 Zonen-CC-Karte für 27 Euro (22,20 Euro im Abo) kaufen. Als Begründung für die geplante Abschaffung des Sozialtickets nennt Sozialsenatorin Schnieber-Jastram, neben einer erhofften Einsparung von 3,2 Millionen Euro, die soziale Ungerechtigkeit, mit der Sozialhilfeempfänger gegenüber Geringverdienern bevorzugt würden, denn die müssten ja schließlich auch den vollen Preis für ihre Fahrkarten bezahlen. Wer Fahrten über die 3 Zonen einer CC-Karte hinaus, etwa zu Bewerbungsgesprächen habe, solle für diese Einzelfahrten jeweils einen gesonderten Antrag beim zuständigen Sozialamt stellen.

www.regenbogen-hamburg.de
Zusammenstellung: baf

16 REGIONALES UND GEWERKSCHAFTLICHES • PB 19/2003

Investoren über ein Engagement zu verhandeln“, erläutert Heydenreich.

Beispiel: Aktionsplan für Goldmine in Ghana

Bereits seit Jahren machen FIAN und die Partnerorganisation Wassa Association of Communities Affected by Mining (WACAM) auf die Iduapriem-Mine in Ghana aufmerksam. Die Mine baut Gold im Tagebau mit Hilfe hochgiftigen Zyanids ab. An der Finanzierung der Mine beteiligen sich die Weltbank-Tochter IFC, die Deutsche Investitions- und Entwicklungsgesellschaft (DEG) und die holländische Entwicklungsbank FMO. FIAN legte 2000 einen Untersuchungsbericht vor, der klare Verletzungen des Rechts auf Nahrung durch die Mine feststellte. Seitdem drängte FIAN insbesondere die DEG, eine Untersuchung vor Ort durchzuführen.

Im September 2002 war es endlich soweit: eine Delegation der Kreditgeber reiste nach Ghana. FIAN und WACAM begleiteten die Delegation vor Ort und stellten sicher, dass sie die betroffenen Orte mit ausreichend Zeit besuchten. So bekamen die Kreditgeber die massiven Auswirkungen der Mine zu sehen und zu hören. In vielen Dörfern gibt es Probleme mit der Wasserversorgung. Die Menschen berichten über Durchfall und gehäufte Hautkrankheiten. Zugang zu Land ist ein zentrales Problem. Viele Bauern müssen Land abtreten, ohne ausreichende Entschädigungen. Eine neue Halde für den Minenabraum zerstört Felder der Bauern – um nur einige der Probleme zu nennen. Die Goldmine führt deutlich zu Verletzungen des Rechts auf Nahrung.

Auch den Kreditgebern war klar, dass diese Zustände unhaltbar sind. Deshalb entwickelten sie und die Minengesellschaft mit FIAN und WACAM einen Aktionsplan, der die Missstände bekämpfen soll. Er sieht u.a. neue Brunnen vor, die Überprüfung bisheriger Entschädigungen, einen verbesserten Zugang zu Land und die Unterstützung der Betroffenen bei Bildung, Gesundheit und Transport. Die Fortschritte sollen gemeinsam kontrolliert werden. Dieser Aktionsplan wird



Teil des Abkommens zwischen den Kreditgebern und der Mine werden, was ein wirklicher

Erfolg der FIAN/WACAM-Arbeit ist.

Allerdings kann der Plan natürlich nicht alle Probleme lösen, wie den Rechtsstreit um die Zerstörung von Häusern in Nkwantakrom oder langfristige Fragen einer geordneten Schließung und Renaturalisierung. Kompromisse mussten gemacht werden. Ausweichmanöver der Minengesellschaft sind zu erwarten. Deshalb kommt es für FIAN darauf an, die Umsetzung des Aktionsplans kritisch zu begleiten und umfassende Verbesse-

rungen zugunsten der Betroffenen zu sichern.

Beispiel: WTO-Ministerkonferenz in Mexiko im September 2003

Die Welthandelsorganisation WTO legt mit dem Agrarabkommen „Agreement of Agriculture“ (AoA) seit Mitte der 90er Jahre die Regeln für den internationalen Agrarhandel fest. Dabei forciert sie die Liberalisierung des Handels, lässt jedoch die massive Unterstützung der Landwirtschaft in den Industrieländern weiter zu. Dies führte in vielen Entwicklungsländern zu einer Importflut an Nahrungsmitteln, ohne dass die Länder ihre Agrarexporte steigern konnten. Indien wurde beispielsweise Mitte der 80er Jahre mit staatlichen Subventionen von einem Nettoimporteur von Speiseöl zu einem Selbstversorgerland. Seit 1995 wurde in Folge des AoA der Außenschutz drastisch abgebaut. Die Ölproduktion geriet dadurch stark unter Preisdruck: Schätzungsweise 3 Millionen Menschen – Bauern, Ölproduzenten und Händler – wurden in ihrer zentralen Einkommensquelle geschädigt.

Im Vorfeld der WTO-Konferenz fand vom 5. bis 6. September in Berlin ein Kongress statt unter dem Motto: „Fatal global“. Auf der FIAN-Webseite heisst es dazu: „Vom 10. bis 14. September wird im mexikanischen Cancún die 5. Ministerkonferenz der Welthandelsorganisation (WTO) stattfinden. In diesem höchsten Entscheidungsgremium der WTO werden Abkommen zum internationalen Handel getroffen – mit weitreichenden Konsequenzen auf die Lebens- und Arbeitsbedingungen der Menschen weltweit. Eine umfassende öffentliche Debatte, demokratische Beteiligung oder Informationen über den Verhandlungsprozess von Seiten der WTO wird es auch dieses Mal nicht geben.“

Mit diesem Kongress wollen wir kurz vor der Handelsrunde in Cancún allen Interessierten die Gelegenheit geben, sich aktiv und kritisch mit der WTO-Agenda auseinander zu setzen und Alternativen zur Handelspolitik von WTO und EU aufzeigen. Neben Vorträgen und Diskussionen mit prominenten Experten und Kritikern der herrschenden Welthandelsordnung aus dem In- und Ausland sind Workshops geplant ... (u.a. auch zu Sozialstandards, Umweltschutz und Menschenrechte).

Weitere Informationen im Netz unter www.cancun-konferenz.de.

Fatal Global ist eine gemeinsame Konferenz von: attac, Arbeitsgemeinschaft der Eine-Welt-Landesnetzwerke (AGL), Arbeitsgemeinschaft der evangelischen Jugend (AEJ), BUKO Pharma-Kampagne, BUND/ Friends of the Earth, DGB, DGB Bildungswerk, DGB Jugend, DNR, FIAN, Friedrich-Ebert-Stiftung, GERMANWATCH, GEW, Heinrich-Böll-Stiftung, IG BAU, IG Metall, INKOTA, Jusos, Katholische Arbeitnehmer-Bewegung (KAB), Kirchlicher Dienst in der Arbeitswelt (KDA) in der EKD, KAIROS Europa, kirchliche Arbeitsstelle südliches Afrika (KASA), TERRE DES FEMMES, ver.di, WEED, Weltladen-Dachverband (WDLV).

Banken-Präsident Breuer will Sparkassen schnell privatisieren.

HB, Donnerstag, 4.9.03. – Die strikte Trennung in private Großbanken, Sparkassen und Kreditgenossenschaften „reflektiert die Gegebenheiten des 19. Jahrhunderts“, so R.-E. Breuer. Angesichts der zunehmenden Konkurrenz ausländischer Institute habe Deutschland bei der Neuordnung des Kreditgewerbes „nicht viel Zeit“. Alle Privatbanken Deutschlands zusammen hätten einen Marktanteil von 30 %, die Deutsche Bank als Branchenprimus komme gerade mal auf 7 %. Dagegen kontrollierten die 5 größten Banken in Frankreich die Hälfte, in Belgien zwei Drittel und in Dänemark sogar vier Fünftel des Marktes. Der Rückstand Deutschlands bei der Schaffung schlagkräftiger Bankkonzerne ließe die Furcht vor Übernahmen aus dem Ausland wachsen. Besonderer Dorn im Auge sind den Großbanken die Sparkassen und Landesbanken wegen ihrer öffentlich-rechtlichen Stellung.

Verlage kritisieren Werbeverbote. HB, Freitag/Samstag, 5./6.9.03. – „Werbeverbote oder -einschränkungen gefährden die wirtschaftliche Basis und damit Presse- und Meinungsfreiheit der Medien“, so der H. Burda, Präsident des Verbandes Deutscher Zeitschriftenverleger (VDZ). Die Verlage kritisieren die steigende Zahl unkoordinierter EU-Branchen-Richtlinien und -Verordnungen, die von mindestens 5 verschiedenen EU-Kommissionen entwickelt würden. 2005 droht das Tabakwerbeverbot, die Verlage fürchten einen Dominoeffekt.

Wirtschaft kritisiert SPD-Verbraucherkonzept.

– BDI-Präsident M. Rogowski greift die Verbraucherpolitik der SPD an, das vorsieht, Verbraucher zu stärken, da sie in einer schwächeren Position seien als die gut organisierten Unternehmen. Dieses Manko müsse mit stärkeren Rechten der Verbraucher beseitigt werden.

BDI-Chef Rogowski verlangt längere Arbeitszeiten.

– „Ich plädiere dafür, die Wochenarbeitszeit pauschal auf 38 bis 40 Stunden anzuheben“, so Rogowski. Dies müsse in den Manteltarifverträgen zur Arbeitszeit festgeschrieben werden. BDA-Chef D. Hundt lehnt pauschale Wochenarbeitszeit-Verlängerung ab. Einig sind sie sich in der Forderung nach einer flexibleren Gestaltung der Arbeitszeiten in den Unternehmen. „Es muss betrieblich mehr Spielraum für vom Tarifvertrag abweichende Arbeitszeitregelungen geben“, so Rogowski. Nach seiner Auffassung hat die 35-Stunden-Woche erheblich zur hohen Arbeitslosigkeit beigetragen.

Presseauswertung: rst

Alt: „Unternehmertum und Gewinninteresse sind wichtige Bedingungen von Innovation und betriebswirtschaftlicher Effizienz. Sie können mit sozial-ökologischem Wirtschaften verknüpft werden. Ohne entsprechende gesellschaftliche Rahmenbedingungen und starke sozialstaatliche Gegengewichte führen sie jedoch zu verlustreichen volkswirtschaftlichen, sozialen und umweltzerstörerischen Fehlentwicklungen.“

Die gesellschaftliche Dominanz von Profit ist daher mit unserer Vorstellung von Gerechtigkeit und mit der durch das Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland gebotenen Sozialpflichtigkeit des Eigentums prinzipiell unvereinbar.“

Neu: „Unternehmerisches Handeln und Gewinninteressen sind wichtige Bedingungen für Innovation und betriebswirtschaftliche Effizienz. Sie lassen sich mit sozial-ökologischem Wirtschaften verknüpfen. Ohne entsprechende gesellschaftliche Rahmenbedingungen, ohne Kontrolle und starke sozialstaatliche Gegengewichte führen private Unternehmerinteressen jedoch zu volkswirtschaftlich verlustreichen, zu sozialen und umweltzerstörenden Fehlentwicklungen.“

Die gesellschaftliche Dominanz von Profit ist daher mit unserer Vorstellung von Gerechtigkeit und mit der durch das Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland gebotenen Sozialpflichtigkeit des Eigentums prinzipiell unvereinbar.“

27.08.2003, *junge welt*, Interview: Ulla Jelpke

Diskussion zum PDS-Programm: Profitstreben als künftige Leitlinie?

jW sprach mit Winfried Wolf, Mitglied der PDS-Programmkommission und Vertreter des linken PDS-Zusammenschlusses „Geraer Dialog“

F: Das ist für Sie als Mitglied der PDS-Programmkommission der entscheidende Aspekt beim neuen PDS-Programmmentwurf?

Erstmals bekennt sich ein PDS-Programmmentwurf dazu, daß „unternehmerisches Handeln und Gewinninteressen (...) wichtige Bedingung für Innovation und betriebswirtschaftliche Effizienz“ seien. Das ist das ungeschminkte Ja zur kapitalistischen Produktionsweise.

Stein des Anstoßes als Baustein verwenden

Auch in der neuen Fassung des Programmmentwurfes ist ein positiver Bezug auf unternehmerisches Handeln und Gewinninteresse enthalten geblieben. Winfried Wolf sieht in der Passage ein „ungeschminktes Ja zur kapitalistischen Produktionsweise“. Winfried Wolf spricht hier nur aus, wie sich viele Mitglieder der PDS fühlen. Verletzt und angegriffen, weil der Text ohne Rücksicht auf den sozialen und politischen Kontext, in dem sie wirken, formuliert ist. Die vielen Menschen, die sich, oft ihr Leben lang, im institutionalisierten, organisierten, permanenten Konflikt der Lohnarbeit mit Unternehmertum und Gewinninteresse einsetzen, können so nicht erreicht werden. In diesem Kontext wird unternehmerisches Handeln und Gewinninteresse als die Tendenz erlebt, alle in Produktion & Verwertung auftretenden Probleme durch Anstrengung der Arbeitskraft und Minimierung der Entlohnung zu lösen.

Aber in Diskursen einer pluralistischen Gesellschaft kommt es nicht nur darauf an, in welchem Kontext eine Äußerung gehört und verstanden wird, sondern auch darauf, in welchem Kontext sie gesagt und gemeint ist. Einen wichtigen Hinweis, wie die Sache gemeint ist, liefert die Abänderung des im vorhergehenden Entwurf formulierten Bezugspunktes „Unternehmertum“ in „unternehmerisches Handeln“.

Das ist schon ein Unterschied, denn

mit „Unternehmertum“ könnte eine soziale Gruppe gemeint sein, die verbandlich organisiert als direkter Gegner gewerkschaftlicher Bewegungen auftritt. „Unternehmerisches Handeln“ hingegen spricht eher eine soziale Operationsweise an (dazu später mehr). Jedenfalls zeigt die Änderung, dass die Redaktionskommission in dieser Sache nicht provozieren will. Was will sie dann so dringend, dass sie die Verstimmung so vieler in Kauf nimmt?

Lobgesang auf das Unternehmertum?

Nehmen wir für einen Moment die Haltung des politischen Unternehmertums und seiner Lobhudler ein. Wird ihnen hier geschmeichelt? Nein. Das Unternehmertum hält sich für den führenden Faktor in Wirtschaft und Gesellschaft. Es verfißt seinen Führungsanspruch. Durch die Fassung als „wichtige Bedingung“ erfährt das unternehmerische Handeln gesellschaftliche Einordnung und damit Unterordnung. Als „Bedingung“ gesetzt, gilt es nur noch als Mittel zum Zweck. Eine weitere Herabwürdigung steckt in der Zuschreibung „wichtig“, die nicht „unersetzlich“ bedeutet, sondern nur, dass, wer diese Bedingung entfernen wollte, einen Ersatz wissen müsste. So wäre zum Beispiel denkbar, das Unternehmertum als Träger unternehmerischen Handelns bis zu einem gewissen Grade oder auch ganz abzulösen, etwa durch Kooperationszusammenhänge.

Diese Perspektive öffnet die Formulierung, und das kann das politisch formierte Unternehmertum nicht freuen. Besonders nicht, weil im folgenden Satz auch noch das Kriterium des Gewinninteresses zurückgestuft wird. Es wird nämlich festgestellt, dass sich „unternehmerisches Handeln und Gewinninteresse mit sozial-ökologischem Wirtschaften verknüpfen“ ließen.

Zur Verdeutlichung: Prinz Charles von England repräsentiert eine Monarchie, die mit Demokratie „verknüpft“ ist. Er spielt Polo, aber nicht mit Menschenköpfen. Er ist teuer, aber ein Spaß, den sich die Briten mit ihrem bekannten Sinn für morbiden Humor leisten so lange sie wollen. Der schon alte Prinz hat einen vorlaufenden Namensvetter, der es noch anders zu sagen und zu tun hatte und Händel mit dem Parlament bekam. Von ihm heißt es im Bänkelfers des 19-ten Jahrhunderts: „König Karl von England ward der Krone quitt erkannt. Dass er dürfe keiner Krone, machten sie ihn Köpfes ohne.“¹ Das war ein wichtiger Schritt, um schließlich Monarchie mit Demokratie verknüpft.

Die von der PDS programmatisch angestrebte Verknüpfung lässt die unternehmerische Freiheit nicht wie vorgefunden. Sie wird unter Vormundschaft gestellt und muss sich prüfen lassen, ob sein Treiben „sozial-ökologischen“ Kriterien standhält. Dass die Aussage auch tatsächlich so gemeint ist, zeigt der dar-

auf folgende Satz, in es um die Werkzeuge geht: gesetzliche Rahmenbedingungen, Kontrolle und sozialstaatliche Gegengewichte, alles Gewaltmittel, nötig, um verlustreiche und umweltzerstörerische Fehlentwicklungen zu vermeiden, zu denen „private Unternehmerinteressen“ führen.

In dem letzten Satz der Passage ist schließlich eine strategische Behauptung enthalten. Es wird gesagt, dass die Vorstellungen von Gerechtigkeit, die bei der PDS gepflegt werden, Halt in Bestimmungen des Grundgesetzes fänden, und zwar dort, wo es um die Sozialpflichtigkeit des Eigentums gehe. Vielleicht.

Jedenfalls ist diese Bestimmung im Grundgesetz ihrer logischen Form nach eine Besonderheit.

Sonst wird die Freiheit eingeschränkt durch die gleiche Freiheit des Anderen. Du willst nicht gemordet werden – du darfst nicht morden. Du willst nicht bestohlen werden – du darfst nicht stehlen. Du willst eine unverletzliche Wohnung – du darfst nicht in die Wohnung eines anderen eindringen usw.

Die Freiheit beim wirtschaftlichen Einsatz von Eigentum kann aber so nicht dargestellt werden. Gebrauche Eigentum sozialpflichtig, damit es auch Dir gegenüber sozialpflichtig gebraucht werde? Das macht keinen Sinn, denn wer das hier gemeinte Eigentum an Produktionsmitteln hat, bedarf der Segnungen der Sozialpflichtigkeit nicht. Hier tritt kein Verhältnis bürgerlicher Gleichheit auf. Die Sozialpflichtigkeit des Eigentums kann von den Eigentümern nicht durch Appell an das rational formulierte Eigeninteresse eingefordert werden. Sie muss ihnen durch Gesetze aufgezwungen werden, die bis hin zur Aufhebung ihres Eigentums

reichen könnten.

Hört man die fragliche Programmstelle mit den Ohren und der Stimmung des politischen Unternehmertums, so kann kommt man zu dem doch wohl sicheren Schluss: Der Text kann als Anpassungsleistung nicht gemeint sein.

Ungeschminktes Ja zur kapitalistischen Produktionsweise?

Als einen Grund für die Verbitterung, die jene Programmpassage ausgelöst hat, wurde eingangs genannt, dass sie im Kontext der praktischen Auseinandersetzung mit dem Unternehmertum und des Kampfes um die öffentliche Meinung gegenüber den sozialen und ökologischen Zumutungen, die es an die Lohnabhängigen und das ganze Publikum stellt, nicht leicht einzuordnen ist. Der gewerkschaftliche Widerstand wird durch einfache Nichtnennung brüskiert. Da dieser Mangel an anderen Stellen des Programmentwurfes aufgehoben wird (siehe Zitat in der Fußnote)², kann das nicht der einzige Grund für die Aufregung gewesen sein.

In welchem Kontext können die strittigen Aussagen als „ungeschminktes Ja zur kapitalistischen Produktionsweise“ aufgefasst werden, so wie es Winfried Wolf unterläuft?

Das ist dann der Fall, wenn eine Absage an den Sozialismus als Staatswirtschaft mit einem Bekenntnis zur kapitalistischen Produktionsweise verwechselt wird. Eine solche Verwechslung kann leicht unterlaufen, weil die Kritik an der kapitalistischen Produktionsweise lange Zeit eine Verbindung mit der Propaganda der Staatswirtschaft eingegangen war. Der Verlust der Alternative Staatswirtschaft wird als Verlust jeglicher Alternativen

verstanden. In der Staatswirtschaft werden unternehmerisches Handeln und Gewinnstreben aufgehoben durch eine Orientierung aller am Gemeinwohl. Staatswirtschaft oder Staatsplanwirtschaft beruht auf der Annahme, dass Entscheidungen im Wirtschaftsprozess gefunden werden könnten wie Entscheidungen im politischen Prozess. Es hat sich aber herausgestellt, dass die Zusammenführung von staatlich-politischem und wirtschaftlichem System nur in ganz bestimmten Situationen funktioniert. Am ehesten, wenn nachholende Modernisierungen anstehen. Dann können unternehmerische Ideen wie: „Das Land denen, die es bebauen“, oder „Sojwetmacht und Elektrizität“, oder „Motorisierung und Kollektivierung der Landwirtschaft“ Produktivkraftschübe auslösen, hinter denen die demokratischen und letztlich auch wirtschaftlichen Mängel des Verfahrens zunächst verblasen.

Auf mittlere Frist wird aber deutlich, dass die Anpassung des Produzentenangebotes an den Konsumentenwunsch im gesetzgeberischen Verfahren nicht befriedigend geleistet werden kann. Es wäre dazu ein Vorwissen des gesamten Feldes der gesellschaftlichen Bedürfnisse sowie der gesamten Breite der Produktionsmöglichkeiten erforderlich, und nicht nur das, dieses Vorwissen müsste auch noch von einer Vertretungskörperschaft dargestellt werden.

Da ein solches umfassendes Vorwissen nicht besteht, enthält die verstaatlichte Wirtschaft Züge von Bevormundung, und es entstehen Situationen, in denen sich die Funktionen Produzent und Konsument oftmals sogar in gleichen Personen gegenüberstehen, tragisch und sprachlos



in die Choreografie des einmal beschlossenen Plans gebannt.

Die Staatsplanwirtschaft setzt voraus, dass es möglich wäre, das gesamte Feld der Bedürfnisse für einen Zeitraum im Voraus abzustecken. Daraus ergibt sich ihre Vorstellung vom Allgemeinwohl, von Abweichungen und Verbrechen, von Sanktionen und Gewaltmaßnahmen. Über die Einsicht in diese konkret definierte Notwendigkeit wird die Gesellschaft zusammengehalten, und wo die Einsicht fehlt, wird gestraft.

Will man nun, wie die PDS ohne jeden Zweifel will, von der Idee einer Allzuständigkeit des Staates, der Partei, der Staatspartei etc. Abstand halten, müssen die Kräfte benannt werden, die im Wirtschaftsprozess wirken.

In dem Rahmen, der durch Gesetze, die „dem Sozialen“ und „der Ökologie“ verpflichtet sind, gegeben ist, eingedenk des allgemein formulierbaren Interesses an „Effizienz“ und „Gewinn“, wird nun Produzenten oder Gruppen von Produzenten zugestanden, auf Konsumenten oder Gruppen von Konsumenten mit Angeboten und Innovationen zuzugehen bzw. umgekehrt diese durch konkrete Produktkritiken und Nachfragen herauszufordern.

Eine solche strategischen Ausrichtung der PDS enthält deswegen auch eine vorausschauende Delegitimierung der Partei. Im Unterschied „zur Partei Lenins“ wird sie nicht mehr als allzuständig gedacht. Weil es unmöglich ist, den Sachverhalt höflich auszudrücken: Ein Teil des Ärgers im Funktionärskörper ergibt sich auch daraus, dass nach dieser Programmatik Erfolge der Partei im politischen Kampf keineswegs mehr an die Schalthebel der Wirtschaft führen würden.

Aus den fraglichen Programmsätzen geht also keineswegs ein „Ja“ zur kapitalistischen Produktionsweise hervor. Man setzt sich lediglich von dem Anspruch ab, die wirtschaftliche Entwicklung durch ein demokratisch kontrolliertes Staatsmonopol zu steuern.

Unternehmerisches Handeln, was meint das?

Der Soziologe Werner Sombart schreibt dazu in seinem 1913 erstmals erschienenen Werk „Der Bourgeois“ anschaulich:

„Da jedes Unternehmen in seinem Verlauf von Zufälligkeiten abhängt, die nicht im Vorhinein bedacht sein können, so ist eine wesentliche Eigenschaft notwendig, die jeder Unternehmer besitzen muss, die Geistesgegenwart und die Fähigkeit, das Richtige zu treffen, das dem erstrebten Erfolge am besten dient. Coup d'oeil hat Friedrich der Große diese Eigenschaft genannt, die er als notwendig bei jedem Feldherrn, (der in dem erwähnten Sinne Unternehmer ist) bezeichnete. Dieser Gabe, eine Wahrheit schnell zu treffen, muss die Fähigkeit entsprechen, das als richtig Erkannte auch sofort zu tun oder anzuordnen: Ent-

schlossenheit.

Der klassische Unternehmer ist der alte Faust:

Faust*

Die Nacht scheint tiefer tief hereinzudringen, / Allein im Innern leuchtet helles Licht; / Was ich gedacht, ich eil' es zu vollbringen; / Des Herren Wort, es gibt allein Gewicht. / Vom Lager auf, ihr Knechte! Mann für Mann! / Laßt glücklich schauen, was ich kühn ersann. / Ergreift das Werkzeug, Schaufel rührt und Spaten! / Das Abgesteckte muß sogleich geraten. / Auf strenges Ordnen, raschen Fleiß / Erfolgt der allerschönste Preis; / Daß sich das größte Werk vollende, / Genügt ein Geist für tausend Hände.

Das spricht den tiefsten Sinn der Unternehmung aus.“³

Sombart zitiert den Faust, weil es ihm auf einen besonderen Erkenntnisprozess ankommt, den er beim Unternehmenden für unerlässlich ansieht. Daneben bleibt zu notieren, dass Goethe hier vor allem die Teilung der Arbeit in zwecksetzende Arbeit und ausführende Arbeit feiert, Brecht wird das kritisch in dem bekannten Spruch aufnehmen, es gäbe Unternehmer und Unternommene. Schön wäre es gewesen, wäre dieses Problem im Programm an dieser Stelle namhaft gemacht worden. Im breiten Strom der herrschenden Lehre ist unternehmerisches Handeln mit der Konzeption der Führerschaft verflochten. Meint man es anders, muss man es deswegen laut sagen. Wie ist die herrschende Lehre?

Der Ökonom Joseph Schumpeter, befasst sich in seiner „Theorie der wirtschaftlichen Entwicklung“⁴ immer wieder mit dem Zusammenhang von „Unternehmen“ und „Führerschaft“:

„Während im gewohnten Kreislauf jedes Wirtschaftssubjekt, seines Bodensicher und getragen von dem auf diesem Kreislauf eingestellten Verhalten aller anderen Wirtschaftssubjekte ... prompt und rationell handeln kann, so kann es das nicht ohne weiteres, wenn es vor einer ungewohnten Aufgabe steht. Während in gewohnten Bahnen dem normalen Wirtschaftssubjekt sein eigenes Licht und seine Erfahrung genügt, so bedarf es Neuem gegenüber einer Führung. Während es mit dem Strom schwimmt im allseits wohlbekannten Kreislauf, schwimmt es gegen den Strom, wenn es dessen Bahn verändern will. Was dort Stütze war, wird hier Hindernis. Was vertrautes Datum war, zu einer Unbekannten. Wo die Grenze der Routine aufhört, können deshalb viele Leute nicht weiter und der Rest kann es nur in sehr verschiedenem Maße.“ (S.117)

„Wie in einer gegebenen strategischen Lage gehandelt werden muss, auch wenn die an sich beschaffbaren Daten für dieses Handeln nicht vorhanden sind, so muss auch im Wirtschaftsleben gehandelt werden, ohne dass das, was geschehen soll, bis in alle Einzelheiten ausgearbeitet ist. Hier kommt es für den Erfolg alles auf den ‚Blick‘ an, auf die Fähigkeit, die Dinge in einer Weise zu sehen, die sich dann hinterher bewährt, auch wenn sie

im Momente nicht zu begründen ist, und das Wesentliche fest und das Unwesentliche gar nicht auffasst, auch wenn und gerade dann, wenn man sich über die Grundsätze, nach denen man dabei verfährt, keine Rechenschaft gegeben kann.“ (S.125)

Wenn wir heute von unternehmerischem Handeln und Gewinninteresse reden, werden wir gewiss nicht diese Momente der Legitimation von Führerherrschaft und Gefolgschaftstreue ansprechen wollen. Sie sind mit der Analyse unternehmerischen Handelns auch nicht unzertrennlich verbunden. Schumpeter selbst prognostiziert zum Beispiel:

„Je genauer wir die natürliche und die soziale Welt kennen lernen, je vollkommener unsere Herrschaft über die Tatsachen wird, je größer mit der Zeit und fortschreitender Rationalisierung der Bereich wird, innerhalb dessen die Dinge einfach ausgerechnet, und zwar schnell und zuverlässig ausgerechnet werden können, desto mehr tritt die Bedeutung gerade dieser Aufgabe zurück und muss deshalb die Bedeutung des Typus ‚Unternehmer‘ ebenso sinken, wie die Bedeutung des Typus ‚Feldherr‘ schon gesunken ist.“ (S. 125)

Übrig bleiben allerdings gewisse Funktionen unternehmerischen Handelns. Der Blick, der auf die wirtschaftlichen Potenzen der Gesellschaft und für – von Schumpeter so genannte – „neue Kombinationen“ dieser Produktivkräfte. Die Voraussicht, dass diese neue Kombination Effizienzgewinne bringen kann. Muss unternehmerisches Handeln die Beteiligten in ein Verhältnis von Führern/Geführten zwingen? Muss der Anreiz der privaten Aneignung des Gewinns der Unternehmung gegeben sein?

Zweimal nein. Projektplanung ist heute etwas Selbstverständliches geworden. Besonders große Werke müssen von vielen Leuten gemeinsam entwickelt werden. Dementsprechend braucht es zur Entwicklung „neuer Kombinationen“ nicht unerlässlich den Anreiz der privaten Aneignung anfallender Vorteile. Aber auch im Bereich der familialen Reproduktion ist das Modell der Führung unter Kritik geraten. Heute weiß man sicher, dass Kooperationszusammenhänge Initiativen entwickeln können (und nicht etwa nur Genies oder Machtmenschen).

Auf Legitimationslegenden verzichten

Die Schwierigkeiten der Diskussion in der PDS werden besser begreiflich, wenn man bedenkt, dass die Diskutierenden auf einen großen Fundus von Ansichten, Feststellungen, Meinungen, Methoden usw. durchgreifen, den sie sich in langwieriger Anstrengung erarbeitet haben. Dieses kulturelle Kapital⁵ aufzurichten, hat seine lange Zeit und schwere Mühe gekostet. Es zu besitzen und einzusetzen, spart Zeit bei der Beurteilung und in der Kommunikation. Sehr komplexe Sachverhalte können mit wenigen Sätzen übermittelt werden.

Das kulturelle Kapital, das in der PDS versammelt ist, hat seine Struktur in einer geschichtlichen Epoche erhalten, die ihr Thema mit der Legitimation der realsozialistischen, mache sagen auch staatsmonopolistischen Gesellschaft hatte. Diese Ordnung ist unwiederbringlich dahin. Aber das Geflecht der Legitimationsideen, die sie hervorgebracht ist, existiert in einer geänderten gesellschaftlichen Umgebung weiter. Sie werden noch eine lange Zeit eine Rolle spielen, und zwar nicht nur, weil es sich um die Denkmittel sind, die bei der Linken nun mal eingeübt sind.

In der Zeit der Spaltung der Welt in ein kapitalistisches und ein (staats-)sozialistisches Lager hatten diese Legitimationsideen oder -legenden gleichzeitig ihre Funktion als Kritik an dem Unglück, das mit der kapitalistischen Entwicklung der Welt einhergeht. Wie bekannt ist, hat der reale Untergang des Staats-Sozialismus keineswegs dazu geführt, dass dieses Unglück gebessert worden wäre.

So haben wir die Situation, dass ein weites Feld der Kritiken, die am bestehenden Kapitalismus geführt werden müssen, auf Gedankengängen beruhen, die im Zusammenhang der Rechtfertigung des inzwischen untergegangenen Staatssozialismus entstanden. Hoch berechnete und gut begründbare Kritik rankte sich gleichsam am Spalier der realsozialistischen Rechtfertigungslehre zum Licht empor.

Die Diskussion in der PDS geht aus solchen Gründen sprunghaft vor sich. Das Neue, das in die Programmatik eingeführt wird, wird nicht auf der Höhe der wissenschaftlichen Diskussion begründet. So wird zum Beispiel die Auffassung von der Bedeutung unternehmerischen Handelns, die jetzt im Programmtext steht, nicht mit einer Kritik der Fehlbeurteilung jener sozialen Gegebenheit durch die sozialistische Bewegung des vorigen Jahrhunderts verbunden; es wäre am Ende wohl möglich zu zeigen, in welcher seltsam verkappten Form diese Sache die ganze Zeit in der linken Diskussion anwesend war. Stattdessen wird eine für die meisten Diskussionsteilnehmer in ihrem Woher und Wozu unergründliche Feststellung in die Menge geworfen, die sich daran die Zähne ausbeißt mag.

Sozialismus, Staat und Wirtschaft

Gerade wer schon vor dessen Untergang den Staatssozialismus nicht liebte, verspürt jetzt das Bedürfnis, zu sagen, was „dran“ war. Es ist ja auch dieses alles



Das Revolutionskomitee des Kreises Hsiyang, Provinz Schansi, bei der Aufstellung eines Perspektivplans zur Umgestaltung von Bergen und Wasserläufen

Staatssozialismus chinesischer Prägung: Revolution plus Produktion versetzt Berge ... (aus einer Broschüre von 1974)

nicht ohne Grund geschehen, und bei den Menschen, die es lebten und erlebten, blieben zwei Meinungen übrig, nicht nur die eine: „bloß nicht zurück ...“, sondern auch die andere: „manches war ganz gut ...“. Also wenn man die Staatswirtschaft nicht will und nicht den kapitaldominierten Verwertungsstaat, was will man dann?

Wenn man heute auch sagen kann, dass die Überführung der Wirtschaft in ein politisches, d.h. durch Mehrheit, Gesetz und Gewalt gesteuertes System untauglich ist, so wäre gleichzeitig darauf zu bestehen, dass ganz offensichtlich noch falscher die Ansicht wäre, sämtliche ökonomisch relevanten Prozesse seien als Prozess zwischen Anbietenden und Nachfragenden auf dem Markt regulierbar.

Tatsächlich ist nicht umstritten, dass eine ganze lange Reihe von wichtigen Investitionen durch steuerliche Umlage finanziert und in Ausführung von Gesetzen ausgebracht werden muss.

Das betrifft weite Bereiche der sogenannten Infrastruktur. Das betrifft aber auch das Bildungswesen, das Gesundheitswesen. Für alle diese Bereiche wird typisch, dass Investitionen und laufende Ausgaben zum Teil über Steuern finanziert werden und zu einem anderen über Gebühren, Beiträge bzw. akkumulierte Erträge.

Hier steht eine schwierige Bewährungsprobe linker Theorie und Praxis ins Haus. Der Gedanke, die Dominanz des Kapital durch ein Nebeneinander von Eigentumsformen abzulösen, ist reizvoll. Es ist aber eine erhebliche und schwierige Arbeit, im gesellschaftlichen Diskurs herauszufinden, welche Eigentumsform für welchen Bereich angemessen ist, was im Sinne von Solidarität und fairer Ge-

rechtigkeit ist. Wenn wir heute wissen, dass die Struktur der ausgebrachten öffentlichen Güter Entwicklungspfade für die einzelnen Personen öffnet oder versperrt, gibt es eine Chance, auf dem Wege der politischen Demokratie, über Öffentlichkeit, Diskussion, Mehrheitsbildung, Gesetze angemessen in gezielten Bereichen in das wirtschaftliche Leben zu intervenieren. Schade ist in diesem Zusammenhang, dass die Programm-entwurf die besonderen Möglichkeiten des kommunalen Eigentums, der kommunalen Selbstverwaltung und der kommunalen Demokratie nicht herausarbeitet.

Der realsozialistische Versuch jedenfalls enthält wichtige Antworten auf die Frage: Was leistet der moderne Staat? Was nicht? Sie müssen verarbeitet werden.

Das wäre interessanter als Reue und Beichtungsdebatten.

Im Übrigen sollte es nicht unmöglich sein, die Theorieentwicklung, die bei uns in der PDS stattfinden muss, nicht als Abfolge von Provokation, Schänden bisheriger Glaubenssätze und Beweihräuchern neuer abzufeiern. Freilich, ganz ohne ätzendes Gift und süße Rauschmittel geht es nicht ab, wo kämen wir denn her. Aber die Dosis ...

Martin Fochler

- 1 Zitiert nach Gottfried Keller, Zürcher Novellen, Der Narr auf Mannege
- 2 Programmentwurf Seite 9: Der Widerspruch zwischen der Entfaltung neuer Produktivkräfte und ihrer Unterwerfung unter die bornierte Dominanz der Kapitalverwertung ist allgegenwärtig. Die Nutzung der neuen Möglichkeiten der menschlichen Zivilisation für sozialen und ökologischen Umbau der gesellschaftlichen Verhältnisse rückt in das Zentrum emanzipatorischen Handelns. Seit Ende der neunziger Jahre ist eine neue antikapitalistische globale Bewegung im Entstehen. Den Gewerkschaften wird mehr und mehr entschiedener Widerstand gegen die Verschlechterung der Lage der arbeitenden Menschen, die Senkung der Arbeitseinkommen und die Auflösung solidarischer Umverteilungsstrukturen abverlangt. Aus der Verbindung von globalisierungskritischen und anderen sozialen Bewegungen kann eine neue Kraft entstehen, in die sich die politische Linke einbringen muss.
- 3 Werner Sombart, Der Bourgeois, 1987 Duncker & Humblot Berlin, Neudruck der Ausgabe von 1913

* Im Zusammenhang bei <http://projekt.gutenberg.de/goethe/faust2/2faust059.htm>

- 4 Joseph Schumpeter, Theorie der wirtschaftlichen Entwicklung, Duncker & Humblot Berlin 1997, unveränderter Nachdruck der 1934 erschienen 4. Auflage, 1. Auflage 1911
- 5 Pierre Bourdieu, Ökonomisches Kapital – Kulturelles Kapital – Soziales Kapital, in: Die verborgenen Mechanismen der Macht, VSA Verlag 1997

In der Linken Sommer und Winterschule der ArGe „Konkrete Demokratie – Soziale Befreiung“ in und bei der PDS, den Seminaren, die angeregt durch die Linke Schule in den letzten Jahren durchgeführt wurden, und in der praktischen Arbeit linker Gewerkschafts- und Kommunalpolitik hat sich eine Methode immer wieder als zweckmäßig erwiesen: die kritische Befassung mit dem, was man „Standardliteratur zum Thema“ nennen könnte.

Sozialistische Politik im Konkreten kann Kenntnisse, reflektierte Erfahrungen und schon gar eigene Zielsetzungen und praktische Vorschläge nur in Auseinandersetzung mit dem vorgefundenen empirischen Faktenmaterial und den ausfor-

mulierten Theorien, Theoremen und Handlungsbegründungen der vorherrschenden gesellschaftlichen Interessen entwickeln. Das ist nicht etwa nur so, weil bekanntlich schon Marx darauf bestanden hat, dass das, worum es sich „zunächst handelt, ... Kritik der ökonomischen Kategorien oder, if you like, das System der bürgerlichen Ökonomie kritisch dargestellt ist ...“ (Marx an Lassalle, 22.11.1858). Es ist auch eine schlichte, aber eindringliche Erfahrung praktischer linker Politik.

Das Kriterium für die Beurteilung von Büchern, die dabei weiterhelfen könnten, ist dann also vor allem, ob sie uns den eigenen kritischen Zugang zur Sache erleichtern – aber nicht, dass sie ihn bereits fertig und ausgearbeitet liefern.

Stiglitz, Finanzwissenschaft

Ein Einführungslehrbuch für Studenten – auch ein Zugang für die kritische Beschäftigung mit staatlicher Wirtschafts- und Finanzpolitik

Eine wichtige Funktion für den kritischen Zugang zum Stoff können Einführungs- und Lehrbücher für den Schul- und Universitätsbetrieb haben. Die notwendigen fachlichen und didaktischen Standards vorausgesetzt, sollen sie den Stoff aus Sicht der in der Regel herrschenden Lehrmeinung für Leser mit noch geringen Detailkenntnissen systematisch aufbereiten.

In dieser Hinsicht könnte das im Jahr 2000 in erschienene Buch „Finanzwissenschaft“ von Stiglitz / Schönfelder für die Entwicklung linker Gewerkschafts- und Kommunalpolitik interessant sein, auch und obwohl es mit 772 Seiten reichlich dick ist, leider auch als Paperback immer noch 49,80 Euro kostet und in den Büchereien oft ausgeliehen ist. (München 2000, Zweite Auflage, erste deutschsprachige Auflage, dritter Nachdruck).

Das Buch von Joseph E. Stiglitz gehört in den USA inzwischen zu den führenden Universitätslehrbüchern und wurde von Bruno Schönfelder „ins Deutsche übertragen und teilweise auf Verhältnisse in der Bundesrepublik Deutschland eingrichtet“.

Stiglitz hat sich zur Zeit auf seine Aufgaben als Universitätsprofessor zurückgezogen. Er wurde 1993 Mitglied der wirtschaftlichen Beratergruppe des Präsidenten und warnte in dieser Zeit u.a. vor einer marktwirtschaftlichen „Schock-Therapie“ für Russland. 1997 wurde er „Chefökonom“ der Weltbank. In der Spartenenteilung der wirtschaftswissenschaftlichen Lehrmeinungen gilt er als „Keynesianer“. Im Jahre 2001 bekam er den Nobel-Preis für Wirtschaftswissenschaften. In den letzten Jahren hat er sich als „Globalisierungskritiker“, seinen eigenen Aussagen nach aber präziser als Kritiker des IWF, des Weltwährungsfonds, und des vorherrschenden „Marktfundamentalismus“ profiliert. Die Befürchtung, dafür jetzt einen neuen keynesianischen Aufwusch aus den 70er Jahren als Lehrbuch serviert

zu bekommen, nach dem wachsende Staatsauf- und -ausgaben alles regeln sollen, ist aber unbegründet.

Das wird bereits im amerikanischen Titel des Buches signalisiert. Er ist mit „Finanzwissenschaft“ unpassend übersetzt – wohl als Tribut an die deutschen Universitätslehrpläne – und deutet fälschlicherweise auch noch in die nicht passende Richtung der deutschen Wissenschaft von den Staatsfinanzen. Der amerikanische Titel aber lautet: „Economics of the Public Sector“, also in etwa „Ökonomie/Wirtschaft des Öffentlichen Sektors“. Der Titel ist in mehrfacher Hinsicht Programm dieses Lehrbuches: es handelt nicht einfach vom Staat, sondern vom „Öffentlichen Sektor“ in Abgrenzung zur Privatwirtschaft und den privaten Haushalten. Es geht nicht nur ums Geld („Öffentliche Finanzen“ im amerikanischen Sprachgebrauch), sondern um das Wirtschaften des Staates und im öffentlichen Sektor. Es geht nicht nur um Theorie, sondern um die Praxis des Wirtschaftens im öffentlichen Sektor, bzw. durch den öffentlichen Sektor. Ungewöhnlich für ein Lehrbuch ist, dass es normative Bezugspunkte explizit vorstellt und diskutiert und nicht etwa des Autors Sicht der Dinge als Fakten verpackt. Diese normativen Bezugspunkte sind insbesondere folgende Fragen: Was soll öffentlich, was privat produziert werden, was sind die notwendigen oder möglichen Kehrseiten dieser Entscheidung, also wo folgt „Staatsversagen“ oder „Marktversagen“ auf dem Fuß. Ausdrücklich behandelt werden auch die „Wohlfahrtsökonomik“ und Rawls Ansatz der „Fairness“ als Bezugspunkte politischen und wirtschaftlichen Handelns.

Das Buch ist klar gegliedert und kann also auch kapitelweise gut bearbeitet werden: eine Einführung zu den Theorien und Theoremen der „Normativen Ökonomie“, dann die Theorie der öffentlichen Ausgaben und Aufgaben, darauf folgt die Analyse der staatlichen Ausgabenprogramme (wie Rentenversicherung, Gesundheitswesen, Bildung), sodann die Steuern, und zwar zunächst die Theorie der Steuern und dann die Steuern der BR Deutschland.

Ein Darstellungsproblem für die Autoren sind die Unterschiede zwischen dem amerikanischen und dem deutschen Steuerrecht und in der Staatsorganisation. Darauf wird in der Einleitung deut-

lich hingewiesen. Weder sollen die generellen Überlegungen Stiglitz's „verdeutsch“ werden, noch soll an der Realität in der Bundesrepublik vorbeigeschrieben werden. Im Zweifel haben die Autoren sich dafür entschieden, die konzeptionellen, von der amerikanischen Wirklichkeit beeinflussten Standpunkte und Theoreme von Stiglitz zusammenhängend zu vermitteln, auch wenn das dann manchmal auf Kosten der „deutschen realen Details“ geht.

Die Darstellung ist verständlich geschrieben, verzichtet bewusst auf mathematische Ableitungen und arbeitet mit Beispielen und mit grafischen Darstellungen, deren Methodik durchgängig ist und deshalb, einmal eingeübt, gut nachvollziehbar ist. chc

Joseph E. Stiglitz, Bruno Schönfelder, Finanzwissenschaft. Preis: 49,80 , bei Amazon gebraucht ab 23,80 (www.amazon.de)

Ökonomie passend zur „Neuen Mitte“

Als Lehrbuch für Wirtschafts- und Sozialwissenschaftler ist der Titel „Öffentliche Finanzen in der Demokratie“ gestaltet. Der Autor, Prof. Dr. Charles Beat Blankart (Jahrgang 1942), studierte von 1962 bis 1967 Volkswirtschaftslehre an der Universität Basel und promovierte dort 1969. Nach der Habilitation 1976 in Konstanz war er Professor für Volkswirtschaftslehre an der FU Berlin, an der Universität der Bundeswehr München und der TU Berlin, bevor er 1992 an die Humboldt-Universität Berlin wechselte. Seine Forschungsgebiete sind Finanzwissenschaft und Telekommunikationsökonomie. Charles B. Blankart ist derzeit stellvertretender Vorsitzender des Wissenschaftlichen Beirats beim Bundesministerium für Wirtschaft, gehört also zur wissenschaftlich-politischen Elite der Bundesrepublik im Umfeld der rot-grünen Regierung (alle Angaben HU Berlin, Internet).

Für wen (außer dazu verpflichteten Studenten) ist das Lehrbuch geeignet? Das ergibt sich aus der Fragestellung des Buches, die Blankart so beschreibt: „Wie kommen finanzpolitische Entscheidungen zustande und wie wirken sie? Es stellt die Akteure der Finanzpolitik – Wähler,

Interessengruppen, Parlamente und Regierungen – ins Zentrum der Analyse.“ Das Buch ist also durchaus geeignet für (kommunal-)politische Aktive, die sich mit der Finanzierung beschäftigen, aber auch für all diejenigen, die sich mit Steuern oder Sozialversicherungen abgeben. Obwohl Lehrbuch für Studenten, ist der Text mit einigen Anstrengungen auch für nicht einschlägig vorgebildete Leser verständlich, mit dem Vorbehalt, dass die mathematisch orientierten Ableitungen nicht nachvollzogen werden können, aber übersprungen werden können und das Ergebnis halt geglaubt werden muss. Vielleicht muss auch eine gängige volkswirtschaftliche Darstellung über Angebot, Nachfrage und Grenznutzen als Begleitlektüre nachgeschlagen werden. Die klare Gliederung, ein Aufbau nach dem Schema: Fragestellung, Untersuchung, Zusammenfassung für jedes einzelne Kapitel erleichtern auch ein selektives Lesen von Themen, die einen gerade interessieren. Die letzte Auflage stammt aus dem Jahr 2001, ist bezüglich aktueller Diskussionen bei Steuern und Sozialversicherungen daher auf dem Laufenden. Ein Hemmnis der Preis: 35 Euro.

Welche Themen enthält das Lehrbuch im Einzelnen?

I. Ökonomische Theorie des Staates und des Staatsverhaltens. Darin werden zunächst verschiedene Modelle der Finanzwissenschaft vorgestellt, mit Schwerpunkt auf den liberalen (zu der politischen Orientierung des Autors siehe unten). Die Theorie des Staatshandelns mit den Stichworten „Marktversagen“, „öffentliche Güter“ folgt. Dabei stützt er sich auf (die leider vergriffene) Darstellung des US-amerikanischen Autors Robert A. Musgrave. Weitere Themen (meist als knapp gefasster Überblick über umlaufende Theorien, immer mit Präferenz der liberalen: v. Hayek, Buchanan usw.): Umverteilung und Gerechtigkeit, was ist ein optimales Budget, wie kommen Budgetentscheidungen in Abhängigkeit von der Verfassung zustande (direkte oder repräsentative Demokratie, andere Staatsformen werden entsprechend dem Titel nicht berücksichtigt), Umfang der Staatstätigkeit (Staatsquote).

Teil II behandelt die Finanzierung der Staatstätigkeit, also verschiedene Theorien zur Besteuerung und den Sozialversicherungen. Dann im Einzelnen die wesentlichen Steuern (Einkommen-, Körperschaft, Gewerbe und Konsumsteuern). Recht interessant auch für eine linke, kritische Betrachtung des Steuersystems sind Untersuchungen zur sogenannten Steuerinzidenz, also wer zahlt letztendlich die Steuer, eine Frage, die sich bei den Konsumsteuern stellt, aber auch auf die Sozialversicherungsbeiträge angewandt wird (diese Frage entscheidet sich, laut Blankart, daran, wie elastisch sich Angebot und Nachfrage auf dem Arbeitsmarkt verhalten; bei Gleichgewicht sind es einfach Lohnkosten). Ebenfalls aktuell ist die Diskussion über

die Staatsverschuldung: Man erinnert sich an Schröders schmalztriefende Ausführungen, dass man nicht auf Kosten der künftigen Generationen leben dürfe. Bei Blankart finden sich die verschiedenen Theorien hierzu dargestellt. Ähnliche Betrachtungen über Probleme zwischen den Generationen bei der Kranken- und Rentenversicherung folgen.

Teil III schließlich umfasst unter dem Titel „Probleme der Finanzpolitik“ verschiedene Einzelbetrachtungen: staatliche Haushalte, Nutzen-Kosten-Analyse öffentlicher Investitionen, öffentliche Unternehmen, Preisfindung bei öffentlichen Aufträgen, staatliche Bürokratie, Umverteilung in der Bundesrepublik – wer profitiert davon. Blankart stellt hier Berechnungen vor (danach würden die untersten Einkommensschichten profitieren, die Mittelschichten kommen plus minus Null raus, die Wohlhabenden legen drauf); verweist aber auf die Probleme: wie werden öffentliche Güter wie Militär, Außenpolitik, Rechtsordnung bewertet? Der Nutzungszusammenhang von öffentlichen Gütern und privaten bleibt unberücksichtigt (z.B. zwischen Straßen und Autos). Schließlich stellt Blankart noch eine Untersuchung zur Ökonomie der Umweltpolitik vor und hält ein engagiertes Plädoyer für die Reform des Föderalismus in der Bundesrepublik (strikte Trennung der Finanzen von Bund und Ländern/Gemeinden, tatsächliche Finanzhoheit der einzelnen Ebenen, Abschaffung aller Mischfinanzierungen).

Politische Einordnung: Blankart ist ein Anhänger des strikten (ökonomischen) Individualismus, er meint Begriffe wie „öffentliches Interesse“ „gehörten in den Instrumentenkasten einer kollektivistischen Staatslehre, die die Gesamtheit über das Individuum stellt“. Er unterscheidet sich aber positiv von den hartgesottenen US-amerikanischen Vertretern des Marktradikalismus; man merkt den Schweizer Hintergrund: Blankart zieht die direkte Demokratie gerade in Finanzangelegenheiten vor; ist tief skeptisch gegenüber staatlich-bürokratischen Umverteilungen, aber kein Gegner von Gerechtigkeitsvorstellungen. So passt er zu Clement, Schröder und dem grünen Koalitionspartner, aber die Lektüre lässt sich auch benutzen, um den einen oder anderen Stein zu brechen für eine Modernisierung sozialistischer politischer Ökonomie.

alk
Charles B. Blankart, Öffentliche Finanzen in der Demokratie – eine Einführung in die Finanzwissenschaft, Verlag Vahlen, 4. Auflage 2001, 35 Euro



Dokumentiert: Aufruf von 116 Wissenschaftlern gegen das Vertreibungszentrum

Für einen kritischen und aufgeklärten Vergangenheitsdiskurs

Kaum eines Themas wurde in der Geschichte der Bundesrepublik so umfassend erinnert und gedacht wie der Flucht und Vertreibung der Deutschen nach dem Zweiten Weltkrieg. (...)

Ungeachtet dessen steht das Thema Flucht und Vertreibung heute wieder auf der politischen Agenda. Ein „Zentrum gegen Vertreibungen“ soll entstehen, in dem Erinnern und Gedenken ihren Platz bekommen sollen.

Die Erinnerung der Vertreibung hat ihren legitimen Ort im individuellen Gedenken der Menschen, fest verwurzelt in einer pluralen und kontroversen Erinnerungslandschaft der Bundesrepublik. Bei der aktuellen Forderung geht es aber um etwas anderes: Hier soll ein zentrales Mahnmal entstehen, mitgetragen aus öffentlichen Mitteln und abgesichert durch staatliche Weihen. Ein Zentrum, das ein einheitliches Geschichtsbild etablieren und durchsetzen soll.

Die große Gefahr, die dieses Ansinnen in sich birgt, besteht in einer staatlich sanktionierten Umdeutung der Vergangenheit, ja einer Revision der Geschichte und der Torpedierung eines auf europäischen Dialog angelegten gesellschaftlichen und politischen Diskurses.

Wir sagen es mit aller Deutlichkeit: Ein „Zentrum gegen Vertreibungen“ würde der kritischen Aufarbeitung der Vergangenheit nicht nutzen, könnte aber statt dessen die unterschiedlichen Erfahrungen der europäischen Nationen in Frage stellen und damit die europäische Integration behindern. Mehr noch: Aller mühsam erarbeiteter Fortschritt beim Bau eines gemeinsamen Hauses Europa könnte gefährdet werden.

Dabei sehen wir vor allem zwei Gefahren in historischer und politischer Dimension. Historisch betrachtet droht eine Entkontextualisierung der Vergangenheit, die Negation des ursächlichen Zusammenhangs von NS-Volkstums- und Vernichtungspolitik auf der einen und Flucht und Vertreibung der Deutschen auf der anderen Seite. Die politische Gefahr besteht insbesondere in der Ethnisierung von gesellschaftlichen Konflikten, also der Umdeutung von politischen und sozialen Kontroversen in ethnische – und damit der Zementierung eines völkischen Verständnisses von Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft.

Statt über Details eines „Zentrums gegen Vertreibungen“ zu debattieren, sollte eine europäische Aufarbeitung der Vergangenheit sich auf einen pluralen, kritischen und aufgeklärten Diskurs gründen.

Aus Platzgründen leicht gekürzt. Quelle: www.vertreibungszentrum.de

12.- 13. September, Frankfurt a.M.: *Spur der Gewalt: 30. Jahrestag des Pinochet-Putsches.* Historisch-politische Konferenz, unterstützt vom DGB-Landesbezirk Hessen/Thüringen. Ort: Gewerkschaftshaus. U.a. spricht



Horst Schmittner, geschäftsführendes Vorstandsmitglied der IG Metall, über die Bedeutung der internationalen Solidarität für die Politik der Gewerkschaften. Referate von Maria Rojas (Havanna) und Dieter Boris (Marburg) zur Entwicklung der sozialen Kämpfe in Lateinamerika seit 1973. Referat von Holger Gorr (Frankfurt) über die Jahre 1973 bis 1975 als Epochenäsur, auch aus tarifpolitischer Sicht. Außerdem wird Dieter Hooze, ehem. DGB-Landesbezirksvorsitzender, am 11.9., dem Jahrestag des Putsches, um 18 Uhr im Rahmen einer Kundgebung auf dem Opernplatz sprechen. 19 Uhr Vortrag von Bischof Helmut Frenz in der Katharinenkirche. Anmeldung: Verwaltungsstelle Frankfurt der NGG, Wilhelm-Leuschner-Straße 69-77, 60329 Frankfurt am Main. (Bild: Salvador Allende mit Pablo Neruda)

20. / 21. September, Kassel: *Bundestreffen der AG Betrieb & Gewerkschaft*

21. September, Bayern: *Landtagswahl*

26.-28. September, Brüssel: *Alternative Wirtschaftspolitik in Europa.* Neunter Workshop kritischer europäischer Wirtschaftswissenschaftler zu verschiedenen Aspekten europäischer Wirtschafts- und Sozialpolitik. Infos: www.epoc.uni-bremen.de huffschmid@ewig.uni-bremen.de

27. September, Berlin: *Freier Handel mit Bildung?* Internationaler Workshop zu GATS und die Zukunft der öffentlichen Bildungssysteme, der Rosa-Luxemburg-Stiftung, der sich mit dem Thema „GATS und die Zukunft der öffentlichen Bildungssysteme“ beschäftigen wird. Er findet am 27. September 2003 im Konferenzsaal der Stiftung in 10243 Berlin, Franz-Mehring-Platz 1 (Nähe Ostbahnhof), statt und wird gemeinsam mit Helle Panke e.V. durchgeführt. Ihre Mitwirkung haben zugesagt: Feleknas Uca (Mitglied des Europäischen Parlaments), Prof.Dr. Christoph Scherrer (Universität Kassel, Verfasser mehrerer Gutachten), Ulrich Thöne (Vorsitzender des GEW-Landesvorstandes Berlin), Jürgen Klausenitzer (Bildungsökonom und Publizist, Frankfurt / Main), Nico Hirtt (Herausgeber und Chefredakteur der belgischen Zeitschrift „Die demokratische Schule“), Horst Bethge (Sprecher der AG Bildungspolitik bei der PDS, Hamburg), Dr. Andreas Keller (FU Berlin), Prof.Dr. Christa Uhlig (Mitherausgeberin des Jahrbuches für Pädagogik 2002, Berlin). Für Rückfragen steht Volker Eichstedt, Rosa-Luxemburg-Stiftung, zur Verfügung. Tel.: 030 / 44 310 150. Um frühzeitige Anmeldung wird gebeten.

1./2. Oktober, Bremen: *Europäisches Netzwerk für „Bildung von unten“.* Einladung zum ersten europäischen Workshop. Die Rosa-Luxemburg-Stiftung initiiert ein neues europäisches Netzwerk für „Bildung von unten“. Das Netzwerk richtet sich an alle Arten von Gruppen, Projekten, Institutionen, die als nicht-kommerziellen Projekte politische Bildung leisten und das Wissen der emanzipatorischen sozialen Bewegungen weitergeben. Herzstück des Netzwerks wird eine elektronische Plattform sein, die folgende Möglichkeiten bieten wird:

1. Austausch von Materialien für Bildungsarbeit von unten (Texte, Broschüren, Reader, Audio- und Videosendungen). Die Inhalte der Plattform werden von den teilnehmenden Gruppen selbst betreut und gestaltet.
 2. Erstellung neuer Materialien online, auch durch Zusammenstellen, Ändern, Bearbeiten von bereits vorhandenem Material, um es der eigenen Arbeit anzupassen.
 3. Kollektive Erarbeitung von Materialien (gemeinsames Online-Arbeiten an Texten, Broschüren etc.).
 4. Online-Kommunikation zwischen TeilnehmerInnen (zwischen Einzelpersonen und zwischen Gruppen).
 5. Gruppen stellen sich, ihre Materialien und damit zusammenhängende Infos selbst dar im Rahmen einer Netzarchitektur, die sich am Modell einer selbstorganisierten Digitalen Stadt orientiert.
 6. Gestaffelte Zugriffsrechte a) für das Einstellen, Verwalten und Bearbeiten von Materialien, b) für die visuelle Gestaltung des virtuellen Raums selbst, der von der jeweiligen Gruppe „bewohnt“ wird.
- Die rls entwickelt derzeit eine awf-basierte Software, die diese Anforderungen erfüllen soll. Ein erster Workshop findet am 1.-2. Oktober 2003 in Bremen statt. Der Workshop soll sowohl dem gegenseitigen Austausch und der Diskussion über Fragen der politischen Bildung und der Weitergabe des Wissens sozialer Bewegungen dienen, als auch der Präsentation einer ersten Demo-Version dessen, wie eine derartige elektronische Plattform aussehen kann.

Die Teilnahme am Workshop ist kostenlos. Für nähere Informationen und

Anmeldung bitten wir um Kontaktaufnahme unter: Christoph Spehr, yeti-press@aol.com, ++49+421-255447 (tel. + fax), mobil 0178-5192591. Konferenzsprachen sind Deutsch und Englisch (für Übersetzung wird gesorgt).

10.-12. Oktober, Universität München. *Making History – Tagung zu Positionen und Perspektiven kritischer Geschichtswissenschaft.* Veranstaltet vom Arbeitskreis Kritische Geschichte in Kooperation mit: Rosa-Luxemburg-Stiftung, Stiftung Sozialgeschichte, Kurt-Eisner-Verein für politische Bildung, AStA der Universität München, Archiv der sozialen Bewegungen Bremen, Fachschaft Geschichte der Universität München. Näheres: www.kritische-geschichte.de.

11. Oktober, Fulda: *Forum Kommunistischer Arbeitsgemeinschaften,* Sitzung des Arbeitsausschusses, Ort: Bahnhof Fulda, Konferenzraum Nr. 5, 10.30 Uhr

19.-25. Oktober, Berlin: ver.di-Bundeskongress

25./26. Oktober, Chemnitz: *Programmparteitag der PDS*

26. Oktober, Brandenburg: *Kommunalwahlen*

9. November: „*Internationaler Tag gegen die Mauer*“, mit der sich Israel gegen die Palästinenser auf den Westbank abschottet. Der Tag wurde von den vom Mauerbau betroffenen palästinensischen Dörfer und Städte ausgerufen. Im Aufruf heißt es: „Wir rufen alle dazu auf, diese palästinensische Initiative zu unterstützen, damit sich die so sehr benötigte Solidarität und Aufmerksamkeit bilden kann und der Mauerbau gestoppt wird. Wir fordern Sie dazu auf, uns von heute an zu unterstützen und auf den Staat Israel und seine Alliierten Einfluss zu nehmen, damit die folgenden Forderungen Wirklichkeit werden: Stopp und zerstört die Apartheidmauer sofort! Gebt alles unter dem Vorwand des Mauerbaus gestohlenen Land an seine palästinensischen Eigentümer zurück! Stopp die Besetzung! Siehe unter: www.pengon.org/“

12. bis 15. November, Paris: *Zweites Europäisches Sozialforum* in Paris und Saint-Denis sowie in den beiden benachbarten Städten Bobigny und Ivry

22. November, Düsseldorf: *Globalisierung ohne Alternative?* Die Welt im Griff der Konzerne. Am Beispiel des Bayer-Konzerns. Jahrestagung 2003. Coordination gegen BAYER-Gefahren, Postfach 15 04 18, 40081 Düsseldorf, Fon (02 11) 33 39 11, Fax (02 11) 33 39 40

1./2. Dezember, Leipzig: *CDU-Parteitag*

5./6. Dezember, Berlin: *9. Kongress „Armut und Gesundheit“* mit dem Schwerpunktthema „Strategien der Gesundheitsförderung“. In der Einladung heißt es: Armut macht krank! Mindestens jeder zehnte Mensch in Deutschland ist arm. Damit trägt jeder zehnte Mensch erhöhte gesundheitliche Risiken: Arme Menschen haben eine etwa sieben Jahre kürzere Lebenserwartung. Die Wahrscheinlichkeit, schwer zu erkranken, zu verunfallen oder von Gewalt betroffen zu sein, ist für sie mindestens doppelt so hoch wie bei reichen Menschen. Doch auch arme Menschen haben Rechte und Chancen zu Gesundheit: Sie müssen gestärkt werden in ihren Möglichkeiten, Belastungen zu bewältigen und Gesundheit zu fördern, dort wo sie konkret leben. Sie brauchen Hilfe und Zugänge, um ihre eigenen Gesundheitspotenziale entfalten zu können! Der 9. Kongress Armut und Gesundheit steht unter dem Motto „Strategien der Gesundheitsförderung – Wie kann die Gesundheit von Menschen in schwierigen Lebenslagen nachhaltig verbessert werden?“. Auf dem Kongress werden erfolgreiche Konzepte, die in verschiedenen Handlungsfeldern entwickelt wurden, vorgestellt und auf die Möglichkeit einer breiteren Anwendbarkeit hin untersucht. Insbesondere sollen Ansätze und Ideen formuliert werden für ...

- Strategien der Gesundheitsförderung zum Abbau sozial bedingt ungleicher Gesundheitschancen,
- Zielgenauigkeit kurativer Versorgungsansätze,
- Ansätze für eine integrative, sozial orientierte Gesamtpolitik.